

# Ferenc Fehér — Agnes Heller

## Osteuropa unter dem Schatten eines neuen Rapallo\*

### I. Von Rapallo zu einem »neuen Rapallo«

Ist der Alptraum von einem neuen »Rapallo« (einer Neuauflage des Abkommens von 1922 zwischen dem besiegten Deutschland, das unter dem Diktat von Versailles litt, und dem schwerverwundeten Sowjetrußland, das gerade die ersten Symptome einer Erholung von Bürgerkrieg und Hungersnot zeigte) mehr als das Trugbild einer dissidenten Fieberphantasie, heimgesucht von der Schreckvorstellung des triumphierenden Großen Bruders? Wir werden im Folgenden untersuchen, was ein neues Rapallo praktisch bedeuten und was für Folgen es für die unter sowjetischer Oberhoheit stehende Region Osteuropa haben könnte.

Die Beweggründe, die Deutschland nach Rapallo führten, wurden bündig zusammengefaßt von einem Biographen Brockdorff-Rantzau, des ersten konservativen deutschen Diplomaten, der für die Versöhnung zwischen dem deutschen Konservatismus und dem russischen Bolschewismus wirkte: »Nach dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands spielte der Plan einer aufrichtigen Annäherung an die ehemaligen Kriegsgegner im Westen, um den Bolschewismus gemeinsam zu bekämpfen, eine gewisse Rolle in den Überlegungen des Außenministers Brockdorff-Rantzau über die künftige Außenpolitik. Die Vorbedingung für den Erfolg einer solchen Politik war die Verwirklichung des versprochenen gerechten Friedens. Statt dessen legten die Westmächte in Versailles eine unversöhnliche Haltung an den Tag; als Folge der fehlenden Bereitschaft, die Erfordernisse der einfachsten Lebensbedingungen und Lebensrechte zu verstehen, war die deutsche Nation völlig vernachlässigt und mißachtet worden.« (Helbig 1958, 38 f.)

E.H. Carr bemerkt zu dieser allgemein bekannten Voraussetzung von Rapallo weiter: »Die Wahl zwischen Ost und West, die dem Deutschen Rat der Volksvertreter wenige Stunden nach dem Waffenstillstand durch das Angebot zweier Züge mit russischem Getreide aufgezwungen wurde, war ein permanentes Dilemma der deutschen Außenpolitik, besonders wenn die Wahl von einer Position der Schwäche aus getroffen werden mußte. Von den deutschen Parteien in der Weimarer Republik hatte nur die SPD ihre Wurzeln im Westen und war konsequent westlich orientiert. Sie war mit den anderen Parteien der Zweiten Internationale verbunden, deren Hauptstärke in Westeuropa lag; sie war aus Tradition gegen Rußland, das nicht nur als reaktionär sondern auch als rückständig und barbarisch angesehen wurde; und nach dem Verlust der revolutionären Reinheit und Intransigenz des Marxismus hatte sie viel von dem bürgerlich-demokratischen Radikalismus der westeuropäischen Linken in sich aufgesogen. So hatte sie fast als einzige deutsche Partei ein offenes Ohr für Wilsons demokratischen Pazifismus, verkörpert in Konzepten wie Selbstbestimmungsrecht der Nationen und Völkerbund. In der ersten Periode der Weimarer Republik, als die Westorientie-

\* Leicht gekürzte Fassung der Studie Nr. 6 des Forschungsprojektes »Krisen in den Systemen sowjetischen Typs« (Leiter: Zdenek Mlynar). Die Studie kann bei INDEX e. V., Postfach 410511, 5000 Köln 41 angefordert werden.

rung für Deutschland wesentlich war, hielt die SPD die Zügel der Macht in der Hand; ihre Bedeutung nahm ab, als Deutschland wieder fähig wurde, eine unabhängige Außenpolitik zu verfolgen. Von den anderen Parteien hatte die katholische Zentrumspartei westliche Neigungen. Da sie aber mehr auf konfessionellen als auf politischen Bindungen beruhte, sprach sie nur selten mit einer festen und einheitlichen Stimme zu wichtigen Problemen und konnte zu meist nur als ausgleichende Kraft agieren. Keine der anderen Kräfte im politischen Leben Deutschlands war primär nach dem Westen orientiert. Die extreme Linke ... war für ein Bündnis mit Sowjetrußland. Die Parteien rechts von der Mitte waren alle mehr oder weniger feindselig gegen den Westen. Den Kern dieser Parteien bildeten zwei Kräfte, die hinter der Fassade der Weimarer Republik weiterhin Deutschland beherrschten, so wie sie es unter Wilhelm II. beherrscht hatten: die Armee und die Schwerindustrie. Die Offizierskaste der besiegten Armee hegte fast bis zum letzten Mann den langfristigen Ehrgeiz, sich am Westen zu rächen; und dazu war ein Bündnis mit dem Osten unerlässlich. Die von den westlichen und überseeischen Märkten ausgeschlossene Schwerindustrie konnte nur im Osten eine Öffnung finden. Die Kräfte, die für eine Ostorientierung eintraten, waren in Deutschland schon 1919 mächtig, wenn sie auch nur wenige Mittel hatten, ihren Ansichten und Ambitionen Wirkung zu geben.« (Carr 1973, 307 f.)

Als die Politik der Westmächte, die weiterhin die deutschen Lebensrechte und Vorbedingungen des nationalen Lebens mißachteten, mit dem ausdrücklichen sowjetischen Wunsch zusammenfielen, ein Bündnis mit jedem einzugehen, der helfen würde, den »cordon sanitaire« um Rußland zu durchbrechen, und als sogar so überzeugte Befürworter einer Annäherung an den Westen wie Rathenau — oft in beleidigender Form — abgewiesen wurden, da wurde die ursprünglich als Treffen der Westmächte geplante Konferenz von Genua (1922) zu Rapallo, dem ersten Geheimkommen zwischen Deutschland und der Sowjetrußland. Das Wesen des Abkommens wird am besten von Carr formuliert: »Die Tatsache der Unterschrift war wichtiger als der formale Inhalt des Vertrages. Er sah den beiderseitigen Verzicht auf alle finanziellen Ansprüche vor, auch deutsche Ansprüche, die sich aus sowjetischen Nationalisierungsdekreten ergeben konnten, 'unter der Bedingung, daß die Regierung der RSFSR analoge Ansprüche anderer Staaten ebenfalls nicht erfüllte'. Diplomatische und konsularische Beziehungen sollten wiederaufgenommen werden; und der wichtigste Artikel des Vertrages bezog sich auf die wirtschaftlichen Beziehungen... Der Effekt dieser Klausel war, den Anspruch Deutschlands von jedem internationalen Plan für die Ausbeutung russischer Ressourcen und die einer gemeinsamen Wirtschaftsfront zwischen den beiden Ländern sicherzustellen...«. (Carr 1973, 375) Jenseits all dieser Einzelheiten war Rapallo ein *symbolisches*, aber in dieser Funktion entscheidendes Ereignis. Es zeigte erstens, daß das besiegte Deutschland und das geschwächte und belagerte Rußland als Kräfte, mit denen man rechnen mußte, das Zentrum der Weltpolitik wieder betreten, und zweitens, daß in einer Welt machiavellistischer Politik weder weit divergierende Sozialstrukturen noch ebenso divergierende, ja sogar gegensätzliche Ideologien absolute Barrieren gegen strategische Bündnisse darstellen. (...)

Was die *Ziele* und *Substanz* des Rapallo-Paktes betrifft, wurden die ersteren von beiden Seiten mit ungewöhnlicher Klarheit und Nüchternheit ausgesprochen. Auf Brockdorff-Rantzau bezugnehmend, schreibt Helbig: »Er dachte von Anfang an nicht daran, ein Bündnis einzugehen. Sollten jedoch die alliierten Mächte beabsichtigen, Deutschland zu vernichten, und dies, so meinte er, war allem Anschein nach der Fall, dann wäre es nicht nur würdevoller, sondern auch politisch klüger, aktiv in die Weltentwicklung einzugreifen und zumindest einen Versuch zu machen, die geistige Führung zu übernehmen, anstatt passiv das einem zuge dachte

Schicksal hinzunehmen. Vor allem müßte Moskau eingeschätzt werden, ob es Anzeichen dafür gab, daß die Revolution sich in Evolution verwandelte. Jedenfalls aber fand er die Einheit des Reiches durch eine Annäherung an Rußland weniger gefährdet als durch die Politik der Entente.« (Helbig 1958, 49)

Russischerseits definierte Radek, damals ein hochoffizieller Sprecher für die russische Politik, wenige Monate nach Rapallo »diese Beziehung im Sinn der ewigen Interessen Rußlands und der traditionellen Erfordernisse der alten Diplomatie: 'Die Politik der Strangulierung Deutschlands impliziert faktisch die Vernichtung Rußlands als Großmacht; denn wie immer Rußland regiert wird, ist es immer daran interessiert, daß Deutschland existiert... Ein durch den Krieg aufs äußerste geschwächtes Rußland hätte weder eine Großmacht bleiben noch die ökonomischen und technischen Mittel für den Wiederaufbau gewinnen können, wenn es nicht in der Existenz Deutschlands ein Gegengewicht zur Übermacht der Alliierten gehabt hätte'...« (Carr 1973, 380. Hervorhebungen von uns, F/H) (...)

Es wäre ein schweres Mißverständnis unseres Textes, ihn als einen Versuch anzusehen, »verbrecherische deutsch-sowjetische Absichten« zu demaskieren. Im Sinn einer »naturalistischen« Politikauffassung (und das war die Sprache sowohl der sowjetrussischen als auch der deutschen Politiker) war Rapallo für beide Parteien ein durchaus vernünftiger Schachzug. Wie der Internationalist und Nichtrusse Radek ganz richtig feststellte, hatte Rußland von seinem eigenen nationalistischen Standpunkt aus stets großes Interesse an einem unabhängigen und starken, aber freundlichen Deutschland gehabt. Andererseits war die preußisch-deutsche Politik (ungefähr seit Friedrich dem Großen, als der Kampf für ein geeintes Deutschland unter preußischer Führung begann, über Bismarck bis zum Ende der Weimarer Republik) stets von drei Faktoren beherrscht gewesen: dem Russischen Reich, dem Westen und den »Mittelmächten«, (unter denen die Habsburgermonarchie aus Gründen, die hier nicht erörtert werden können, immer eine Sonderstellung eingenommen hatte). Das bedeutet erstens, daß Deutschland (Preußen) sich als *verschieden* sowohl vom Westen als auch vom (russischen) Osten verstand. Das war nicht nur eine geopolitische Frage, sondern spiegelte auch bestimmte philosophische Überlegungen wider. Zweitens unternahm Deutschland, obwohl es sich als ein »Reich« auffaßte, mit entschieden imperialistischen Aspirationen außerhalb Europas und der unmißverständlichen Absicht, seine schwächeren Nachbarn zu dominieren, wie alle imperialistischen Mächte es tun, dennoch keinen Versuch, ein »künstliches Imperium« zu schaffen, sondern strebte vielmehr nach der Vereinigung aller deutschsprachigen Staaten und Volksgruppen in einer »großen Nation«<sup>1</sup>. (...)

Eben weil »Deutschland« von Friedrich bis zum Ende der Weimarer Republik kein »künstliches Imperium« war, sondern eine expansive Nation, war es keine prinzipielle Frage, sondern einfach eine Frage pragmatischer Zweckmäßigkeit für die deutschen Politiker aller Schattierungen, ob sie im Bündnis mit dem Osten gegen den Westen kämpfen sollten oder umgekehrt. »Osten« und »Westen« waren separate und, wie es den traditionellen Konservativen und auch den traditionellen Liberalen schien, *ewige* Faktoren der an sich neutralen Machtpolitik. Es galt nicht als Verrat, sondern eher als Prinzipientreue für deutsche Staatsmänner, ihre expansive Nation bald mit dem Westen, bald mit dem Osten zu verbünden. Dies erklärt, daß der deutsche Alptraum von einem »Zweifrontenkrieg« mehr als ein strategisches Prinzip war; er ergab sich organisch aus einer historischen Auffassung der europäischen Welt, in der es einen spezifischen »Osten« und einen spezifischen »Westen« zu geben hatte. Im Sinn dieser Auffassung war es vergeblich, ja verrückt, zu glauben, man könne eine dieser spezifischen und ewigen Gegebenheiten »eliminieren« (geschweige denn alle beide). Es mit allen beiden

zugleich aufzunehmen, bedeutete daher sichere Niederlage, während ein schneller Schlag gegen die eine Seite, wobei die andere verbündet oder wenigstens neutral war, den sicheren Sieg versprach. (...)

Die sozial-liberalen und konservativen deutschen Politiker der Weimarer Republik, die mit Hitlers neuem Reich nichts zu schaffen hatten, glaubten ganz einfach — und im Sinn einer »naturalistischen« Politikauffassung, in der die menschliche »Natur« im Sinne von Hobbes verstanden wird, mit sehr gutem Grund, der traditionellen Linie der »deutschen« Politik zu folgen: den »natürlichen« östlichen Verbündeten ins Spiel zu bringen, als der Westen unerträglich selbstgerecht und tyrannisch geworden war. Tatsächlich hatten sie in vielen Punkten recht, und selbst rückblickend kann ihnen kaum ein *moralischer* Vorwurf gemacht werden. Vor allem gibt es keine moralische Autorität, in deren Namen solche Bemerkungen gemacht werden könnten. Wilsons moralisierende Politik war für die Rolle eines Schiedsrichters am wenigsten geeignet, weil sein liberaler Pazifismus leicht von Clemenceau chauvinistisch-egoistisch im Sinn der deutschen Verantwortung interpretiert werden konnte, ein Chauvinismus, der in Versailles kulminierte, in einer simplen Umkehrung des ungerechten *deutschen* Friedens, der Frankreich 1871 diktiert worden war. Ferner ist es einfach nicht wahr, daß Frankreich und England im Gegensatz zu Rapallo-Deutschland Bannerträger der Demokratie waren. Das Vorgehen Englands in Irland nach dem Ersten Weltkrieg, die wohlwollende Unterstützung britischer und französischer Politiker für Minidiktatoren in Osteuropa als Garanten gegen den Kommunismus sind genügend Beweise des Gegenteils. Auch ist die übliche (übrigens berechnete) Kritik, wonach Rapallo es den deutschen Militärs ermöglichte, die in Versailles verhängten Restriktionen zu übertreten, moralisch nicht besonders überzeugend. Einerseits waren die Versailler Bestimmungen keine absoluten Hindernisse gegen einen Krieg, andererseits kann Hitler nicht von Seeckts Einvernehmen mit den sowjetischen Militärs, von deren Bemühungen um die Aufrechterhaltung eines legitimen Niveaus der Landesverteidigung, »abgeleitet« werden. Es gab jedoch einen Punkt, einen ominösen in Anbetracht der Möglichkeit eines *neuen Rapallo*, der *moralisch überhaupt nicht verteidigt werden kann: der Vertrag war deutlich und bewußt gegen Polen gerichtet, gegen dessen Stärke, ja Existenz*. Der Liberale Wirth, damals Reichskanzler, verwendete in einer Unterredung mit dem Konservativen Brockdorff-Rantzau am 19. Juli 1922 eine Sprache, deren Botschaft die Polen mehr als ein halbes Jahrhundert lang nicht vergessen sollten: »...Ich sage es, ohne zu zögern: Polen muß erledigt werden. Das ist das Ziel, auf das meine Politik gerichtet ist... Ich werde keinen Vertrag unterzeichnen, durch den Polen gestärkt werden würde... in diesem Punkt bin ich völlig einer Meinung mit den Militärs, besonders mit General von Seeckt.« (Helbig 1958, 119)

Hitler mit seinem Ehrgeiz, der Gipfelpunkt alles Deutschen zu sein, brach radikal mit allen traditionellen deutschen Mustern, den strategischen, politischen und kulturellen. Sein Reich war ein »künstliches Imperium«, keine expansive und konservative nationalistische »große Nation«; seine rassistische Mythologie war »nordischer« Import, kein deutscher Chauvinismus oder Patriotismus; sein Pakt mit Stalin hatte nicht den Zweck, wie einst Rapallo, Deutschland zu stärken, und auch nicht, den Westen zu demütigen, sondern ihn geradewegs zu vernichten, was niemals ein deutsches Ziel gewesen war; wäre ihm dies gelungen, dann hätte sein Plan »Barbarossa« seine Fahnen in Fernen getragen, von denen nicht einmal der verrückteste Hohenstaufen je geträumt hatte; seine Kultur war eine heidnische, teutonische Orgie über Hekatomben, nicht Bildung, wie sehr dieser Begriff in den Händen konservativer und arroganter Schulmeister auch geschändet worden war. Das heißt nicht, daß die Deut-

schen für die Duldung Hitlers nicht verantwortlich waren (so wie die Russen und andere für die Duldung Stalins und seiner Nachfolger verantwortlich waren und immer noch sind); es geht nur darum, auf die *condition allemande* im Jahre 1945 hinzuweisen. Nach einem dermaßen radikalen Bruch mit der deutschen Tradition war es nicht nur das Reich, das in Trümmern lag. Das bloße Recht, ein Deutscher und in diesem Sinn ein deutscher Nationalist zu sein, ist von allen Opfern der Hitlerschen Aggression in Frage gestellt worden. Und hier beginnt das Problem, hier bricht die Kommunikation zwischen der überwältigenden Mehrheit der Deutschen, die sich entschieden weigern, die Situation von 1945 als immerwährend zu akzeptieren, und der übrigen Welt zusammen. Unsere Analyse einer Entwicklung, die auf die Möglichkeit und die inhärenten Gefahren eines neuen Rapallo hinweist, zielt auf eine andere Anschauung der Dinge und der deutschen Aspirationen. Aus drei Gründen. Erstens glauben wir, daß die Anerkennung der Legitimität eines jeden Nationalismus mit Ausnahme des deutschen oder dessen Verdächtigung nur wegen vergangener Ereignisse im Kern ein neuer, umgekehrter Rassismus ist. Die einzigen annehmbaren Positionen sind unserer Ansicht nach entweder die allgemeine Eliminierung aller Nationalismen (eine humane, aber wohl undurchführbare Idee), oder die historische Legitimierung eines jeden Nationalismus, solange er nicht explizit oder implizit die Ausrottung anderer menschlicher Gruppen zum Ziel hat. (Hier kann nicht einmal die »Erlösung« anderer, in diesem Jahrhundert ein mehr als fragwürdiges Vorhaben geduldet werden.) Zweitens ist es nicht nötig, eine große Theorie der Nation oder des Nationalismus, eine radikale Theorie der Anerkennung aller nicht ausbeuterischen Bedürfnisse zu haben, um das Recht der Deutschen auf eine geeinte Nation und auf Nationalismus anzuerkennen. Es gibt sehr viele Argumente für und gegen das deutsche Ziel der Wiedervereinigung dessen, was vor Hitler Deutschland war, und diese Argumente sind auch wirklich sowohl außerhalb als auch innerhalb Deutschlands zu finden. Diese Argumente können mehrere praktische Vorteile haben, indem sie zeigen, wie viele Scyllae und Charybdes vermieden würden, wenn die Deutschen die Hoffnung aufgäben, zu erreichen, was für sie nicht erreichbar ist. Das mag zutreffen oder nicht, doch das ist irrelevant angesichts des hartnäckigen kollektiven Wunsches nach Wiedervereinigung. Unsere radikale Theorie der Demokratie als Basis des Sozialismus kann nicht umhin, einen solchen elementaren Wunsch anzuerkennen — mit gewissen Vorbehalten, die wir später erörtern werden. Es war eine reichliche Portion bitterer welthistorischer Ironie, was die Deutschen und die Juden in einer Hinsicht einander so nahe gebracht hat. Es wäre ein Sakrileg, den Vergleich zu weit zu treiben, aber soviel kann ohne Frivolität gesagt werden: Beide Gruppen beanspruchen das Recht und die Möglichkeit, »unter einem Dach zu leben«, und solange sie diesen Anspruch nicht so weit ausdehnen, daß sie anderen deren eigene, ebenso legitime Existenzrechte absprechen, ist ihr Anspruch letztlich durch den emphatischen kollektiven Willen, der dahinter steht, gerechtfertigt. Schließlich übersehen verärgerte Beobachter manchmal den wichtigen Faktor der Selbstkritik in der Struktur des neuen deutschen Kollektivgefühls; es ist ein *Nationalismus der deutschen Nation, nicht eines deutschen Reiches*. Während ein ständiges neudeutsches, nationalistisches Argument lautet, die Bevölkerung der DDR habe dieselbe Kultur wie die »Westdeutschen« und müsse *deshalb* früher oder später gemeinsam mit diesen einen souveränen deutschen Staat bilden, gibt es bezeichnenderweise weder bei der politischen Rechten noch bei der politischen Linken ein solches Argument in bezug auf Österreich (oder auf verbleibende deutsche Sprachgruppen in anderen Ländern). In dieser Hinsicht scheinen die Deutschen die Lehren des Deutschen Reiches, wahrscheinlich des letzten, von einem Österreicher gegründeten, richtig gelernt zu haben. (...)

Tatsächlich scheint 1944 der letzte historische Zeitpunkt gewesen zu sein, an dem eine *deutsche Revolution* die Teilung Deutschlands hätte verhindern können, indem sie der Schmach und dem Elend, die zahllose Millionen durch Deutsche erlitten, entschlossen und durch deutsche Taten ein Ende gesetzt, das eigene Haus in Ordnung gebracht und damit das alte Gebäude gerettet hätte. Es ist hier nicht unsere Sorge, ob eine solche deutsche Revolution »wahrscheinlich« oder »unwahrscheinlich« war. In der »alternativen Geschichtsschreibung« hängt alles von der Art der Darstellung ab. Wir wollen nur auf theoretische Möglichkeiten hinweisen. (...)

Sobald der historische Augenblick für eine deutsche Revolution verpaßt war, wurde die Teilung Deutschlands unvermeidlich, und die deutsche Geschichte hat sich bis zur Gegenwart *in Antinomien entwickelt, die von der überwältigenden Mehrzahl der Deutschen als Leiden erlebt wurden*. Was als Leiden empfunden wird, ist Leiden. Wir wären jedoch nicht ganz aufrichtig, wenn wir bestreiten wollten, daß die Deutschen insofern Glück hatten, als der Großteil des besetzten Staatsgebietes und der Bevölkerung in die Hände des Westens und nicht in Stalins Hände gelangte. Ob man nun an historische Ereignisse bürgerliche-liberale oder echt sozialistische Maßstäbe anlegt, es steht außer Zweifel, daß selbst Adenauers extrem restriktiver, konservativ-liberaler Obrigkeitsstaat, dieses Musterbeispiel des Kalter-Krieg-Westens, verglichen mit Ulbrichts und Honeckers »realem Sozialismus« ein Hort der Freiheit war. Wenn der Sozialismus in Deutschland überhaupt eine Zukunft hat, dann nur dort, wo zumindest ein gewisses Maß an Freiheit herrscht. Außerdem hatten die westlichen Besatzungsmächte, auf deren Verantwortlichkeit wir später zu sprechen kommen werden, wenigstens eine Lektion von Versailles gelernt: daß die Ausbeutung und Demütigung der Masse der deutschen Bevölkerung einfach eine schlechte Politik ist. Darum »schenkten« die Westmächte Deutschland ein liberales System (oder zwangen es ihm auf) und beherzigten Rathenaus Rat mit dreißig Jahren Verspätung in Form des Marshallplans. Dies, in Verbindung mit dem außerordentlichen Talent des konservativen, misanthropischen Staatsmannes Adenauer (das nur dem Talent de Gaulles vergleichbar ist) und der Tüchtigkeit seiner zynischen Elite, schuf das von der ganzen Welt bestaunte Wunder: den seltsamen »Sieg« des einen Deutschlands nach einem Krieg ohne Frieden, der die andere Seite der deutschen Schicksalslage ist.

Was kann man zu den Antinomien der deutschen Situation nach 1945, nach der De-facto-Teilung, sagen? (Wir verwenden hier das Wort »Antinomien« im klassisch-philosophischen Sinn: als kontrastierende Optionen, deren jede von den Handelnden gewählt werden kann und oft wird, wobei aber keine aus einer besonderen Situation eliminiert werden kann, solange es diese »besondere Situation gibt; keine bringt an sich Harmonie, sie können weder zu einer harmonischen Lösung vereinigt werden, noch gibt es eine dritte, fruchtbare Option, solange die »besondere Situation« vorherrscht.) Das erste Antinomienpaar wurde in den folgenden Optionen präsentiert: entweder *kollektive passive Resistenz aller Deutschen gegen alle Besatzungsmächte als langfristige Politik oder Zusammenarbeit mit ihnen an beiden Polen*. Hier gab es in der Tat keine dritte Option. Unseres Wissens erschien weder auf der Rechten noch auf der Linken ein ernsthafter politischer Faktor, der die Deutschen 1945 veranlaßt hätte, sich für Gandhis Strategie der Nichtzusammenarbeit zu entscheiden. Gegen eine solche Entscheidung gab es tatsächlich sehr gute moralische und politische Gründe. Erstens empfanden demokratische und sozialistische Deutsche und oft auch religiöse Deutsche ohne politische Überzeugung so tiefe Reue für die schrecklichen Verbrechen, die im Namen Deutschlands von Deutschen begangen worden waren, daß sie die für solch einen langfristigen Boykott notwendige Selbstsicherheit nicht aufbringen konnten. Sie fürchteten auch, Werkzeuge ei-

ner geheimen Nazi-Widerstandsbewegung zu werden, die sie geschickt von hinter den Kulissen manipulierten, was zweifellos möglich gewesen wäre. Es stimmt aber auch, daß die Alliierten alle Trümpfe in der Hand hielten und daß führende Politiker der Siegermächte ohnehin schon mit dem Gedanken gespielt hatten, das besiegte Deutschland zu einem neuen Karthago zu machen. Ein gesamtdeutscher Boykott hätte eine *anglo-amerikanische und eine sowjetische* Reaktion dieser Art auslösen können. Bei all dem ist im Rückblick nicht zu bestreiten, daß dies eine relevante und adäquate Antwort gewesen wäre, ein kollektiver Protest, der, nach dem Ausbleiben einer Revolution im Jahre 1944, den deutschen Anspruch auf volle Souveränität angemessener und vielleicht erfolgreicher unterstützt hätte als alle späteren Manöver der deutschen Politiker.

Die andere der Antinomie innewohnende Option war die Annahme der Politik, der Strategie, der Hegemonie und des Gesellschaftssystems einer der Siegermächte. Eine der deutschen politischen Kräfte hatte sich in dieser Hinsicht bereits entschlossen, bevor noch die Teilung begann: die deutschen Kommunisten, die in ihrer überwältigenden Mehrheit immer schon bereit gewesen waren, jede gerade aktuelle sowjetische Politik in bezug auf Deutschland zu akzeptieren. Wir halten die Darstellung des »deutschen Problems« von Brandt und Ammon (1981, 97 f.)<sup>2</sup> für inakzeptabel, obgleich sie zweifellos eine ernsthafte Erklärung ist. Wenn sie jedoch Ulbrichts Partei vor der Gründung der DDR als »noch nicht bolschewistisch« bezeichnen, so kann man das nicht ernst nehmen. Ganz offensichtlich sind die Autoren nicht im geringsten vertraut mit den osteuropäischen »Verhaltensmustern« der kommunistischen Parteien, die immer an bestimmte strategische Ziele gebunden sind, welche sie sich selbst gestellt haben oder die ihnen von Moskau gestellt worden sind. Der Bogen reicht vom »Hyperliberalismus« in Ungarn und der Tschechoslowakei, wo häufig, sogar täglich jede Verwandtschaft mit einer Diktatur bestritten wird, bis zu starren, offen diktatorischen Methoden (in Polen, Jugoslawien, Albanien). Ulbricht gehörte, gewiß auf Moskaus Befehl, anfänglich zur ersten Gruppe.

Der Anschluß an das westliche Bündnis bot zwei Möglichkeiten. Die eine wurde von der SPD unter Schumacher vertreten. Um nicht voreingenommen zu scheinen, akzeptieren wir einfach Brandts und Ammons Beschreibung von Schumachers Politik als richtig: »Innerhalb der SPD setzte sich nunmehr endgültig die Linie Kurt Schumachers durch. Schumacher, der während des Dritten Reiches zehn Jahre im Konzentrationslager gesessen hatte, betonte wie kein anderer seit dem Februar 1945 gleichermaßen die Notwendigkeit radikaler Selbstreinigung und gesellschaftlicher Veränderung wie das Recht des deutschen Volkes auf nationale Einheit und Gleichberechtigung. Dabei kritisierte er in ungewöhnlicher Offenheit die Besatzungsmächte, insbesondere die UdSSR, so daß er im Ausland als 'Nationalist' galt. Neben grundsätzlichen Überzeugungen lag Schumachers patriotischer Rhetorik auch die Furcht zugrunde, es könnten — wie in der Weimarer Republik — wiederum die 'falschen' Kräfte (in seinem Verständnis die Rechte und die Kommunisten) die tatsächlich vorhandenen Probleme für sich ausnutzen. Schumacher war überzeugt, daß Deutschland nur 'sozialistisch' wieder aufgebaut werden könne, um Bestand zu haben — dazu gehörte die Sozialisierung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien sowie der Großbanken. Für die SPD als einzige unzweifelhaft demokratische, freiheitlich-sozialistische, gleichzeitig internationalistische und patriotische Partei beanspruchte Schumacher die politische Führung, die er in scharfer Frontstellung zu den bürgerlichen Rechts- und Mittelparteien und zu den Kommunisten durchsetzen wollte. Der KPD bzw. SED warf er vor allem vor, sich ausschließlich an den Interessen der Sowjetunion statt an denen der deutschen Werktätigen zu orientieren. Die UdSSR war für ihn als

nichtdemokratischer auch ein nichtsozialistischer Staat, während er in den westlichen Demokratien sozialistische Tendenzen sich entfalten sah (New Deal, Labour-Regierung). Insofern war Schumacher von vorneherein eindeutig westorientiert... Im Unterschied zu Adenauer trat er jedoch nicht rückhaltlos für den Anschluß der Westzone an den Westen ein. Obgleich er in späteren Jahren einen deutschen Wehrbeitrag nicht prinzipiell ablehnte — allerdings unerfüllbare Bedingungen daran knüpfte —, lag das Schwergewicht seiner Überlegungen immer auf der demokratischen und sozialen 'Magnetwirkung' Westdeutschlands auf Ostdeutschland statt auf militärischem Gebiet.« (Brandt/Ammon 1981, 36 f.)<sup>3</sup>

An diesem Punkt begreifen wir die historische Verantwortung der Westmächte für den Bestand eines konservativen Deutschlands während zweier Jahrzehnte (und in gewissem Maß sogar noch bis heute). Das war die zweite Möglichkeit, die sich aus der Hinnahme der westlichen Allianz ergab. Amerika war natürlicherweise mißtrauisch gegen Schumachers sozialistische Konzeptionen, desgleichen das britische Tory-Establishment, dessen politische und militärische Infrastruktur die De-Facto-Verwaltung der britischen Zone war. Und nicht einmal die siegreiche Labour Party konnte sich — aus nationalistischen Gründen — zu dem Entschluß durchringen, sich auf die Seite eines natürlichen Verbündeten zu stellen. Es wäre übertrieben, zu sagen, sie hätten die sozialistische Option »unterdrückt« (obwohl sie in jenen Jahren natürlich allmächtig waren und alles taten, um die sozialistische Option zu behindern). Aber die bloße Tatsache, daß Schumachers Option für sie — deutlich und öffentlich — inakzeptabel, ja indiskutabel war, blockierte die Chancen einer radikalen sozialen Demokratie von Anfang an.

Die Westmächte brauchten Adenauer, den Anti-Bismarck, den Mann, der den moralischen Mut hatte, sein Volk zu teilen, um dessen Rolle als mächtige Nation wiederherzustellen, der aber bismarckisch genug war, um eine parlamentarische Regierung nur im absolut notwendigen minimalen Ausmaß zuzulassen. Aber mit der prometheischen Tat, knappe vier bis fünf Jahre nach Kriegsende eine konservative Nation zu schaffen, einer Leistung, die 1945 niemand für möglich gehalten hätte, trat eine Reihe negativer Wesenszüge, die nie mehr eliminiert oder korrigiert wurden, als typisch westdeutsch zutage. Erstens — und das bestätigen die entscheidenden Dokumente der westdeutschen Gewerkschaften aus der Ära Adenauer — war Adenauers Sieg nicht nur von der Entstehung eines extrem restriktiven und autoritären Staates begleitet, der unter den späteren sozial-liberalen Regierungen kaum reformiert wurde, sondern dieser Staat verkörperte auch die reinste kapitalistische Beherrschung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens im liberalen Westeuropa. Während in allen liberalen Ländern der Region große soziale Kämpfe zwischen Kapital (Staat) und Arbeit zu einer Hebung des Lebensstandards und einem gewissen Maß an industrieller Demokratie führten, wurde die deutsche Arbeiterklasse sehr wirksam zu einer mehr als traditionellen Fügsamkeit gezähmt. Die Kehrseite dieser Situation war natürlich eine Politik der allmählichen Hebung des Lebensstandards im Laufe einer Periode von mehr als zwanzig Jahren, während welcher Westdeutschland zur reichsten Nation Europas wurde. Aber die neue deutsche Prosperität kam vor allem einer protzigen, repressiven und unkultivierten Klasse von Neureichen zugute, deren Wurzeln in eine dunkle Vorgeschichte während des Dritten Reiches zurückreichen. Ferner: sobald die »geschenkte Souveränität« einmal *angenommen worden ist* (und eben deshalb erfreute sich Adenauer des Vertrauens der Westmächte), gibt es kein Zurück: die Souveränität wird als Faktum stipuliert, nicht in einem gesamtnationalen Konsens geformt.

Die Unabhängigkeit existiert ohne eine Unabhängigkeitserklärung und kann daher Nicht-



Unabhängigkeit genannt werden — und wird es auch; genauer gesagt, handelt es sich um Nicht-Souveränität. Solche Feststellungen können Übertreibungen sein, es mangelt ihnen jedoch gewiß nicht an historischer Fundierung; sie waren wesentliche Bestandteile des Adenauerschen Weges zur neuen (west-)deutschen Nation.

Drittens kann auf dieser Basis nie ein Friedensvertrag zustandekommen: Die Beendigung des Krieges, ebenso wie der Beginn der Souveränität, war ein Akt ohne ratifizierte Verträge, eine Art mythologisches Ereignis, dessen Interpretation wahrhaft offen ist. Und schließlich konnte es auf dieser Grundlage ganz einfach keine Entnazifizierung geben; die Gründe dafür sind tiefer als bloß eine Reihe von Verhüllungen seitens des erkonservativen Establishments. Wer mit den elementaren Fakten von Adenauers Biographie vertraut ist, wird wissen, daß dieser Typus eines Konservativen den »plebeischen« Hitler immer schon verachtet hat, und die letzten Monate der Hitlerherrschaft waren kaum dazu angetan, die Liebe zum Führer zu fördern. Dies war jedoch eine neue westdeutsche Nation, die sich als souverän ansah, aber über kein Instrument der Souveränität verfügte, die sich als geschlagen und durch die UdSSR eines Viertels ihres Staatsgebietes beraubt betrachtete, aber nicht die Macht hatte, das empfundene Unrecht in eine offene Verurteilung der Bedingungen der deutschen Niederlage umzusetzen, wegen der Westmächte, auf die sie sich stützen mußte; eine neue westdeutsche Nation, die als politisches und militärisches Instrument gegen die UdSSR benützt und sehr geschätzt wurde, der man aber zugleich öffentlich mißtraute; ein neuer konservativer westdeutscher Staat, der seine Wählerschaft kaum darüber hinwegtäuschen konnte, daß er die Wiedervereinigung ad calendae Graecas verschoben hatte und der deshalb in bezug auf die Vergangenheit und die Taten derselben Wählerschaft überaus vorsichtig sein mußte; kurz, Adenauers Westdeutschland, im Spinnennetz all dieser Widersprüche gefangen, konnte wenig anderes tun, als das »Hitler-Syndrom« durch oberflächliche Rhetorik über Barbarei zu umgehen, statt zumindest jene Wurzeln des Nazismus, die mit einer christlichen Kultur unvereinbar sind, radikal zu eliminieren. Doch Adenauer-Deutschlands Bündnis mit dem Westen oder seine Integration in den Westen hat ein neues Antinomiennenpaar in Bewegung gesetzt. Einerseits war ein »europäisches«, »westliches« Deutschland kaum ein kleinerer Bruch mit den deutschen Traditionen als jener, den Hitler vollzogen hatte, wenn auch ein wohlthätiger. Politisch bedeutete es die radikale Aufgabe jedes Gedankens an ein »Reich«. Die CDU/CSU-Kreise konnten noch so viel Lärm schlagen über Heimatvertriebene, gegen die Gebietsverluste an Rußland — die Bundesrepublik wird doch nie ein Übergang zu einem künftigen messianischen Reich sein, sondern vielmehr ein integrierter (oder wie die Deutschen immer noch meinen, ein überintegrierter) Teil eines Bündnisystems. Kulturell bedeutete es eine weitgehende Amerikanisierung Westdeutschlands, eine Tendenz, die natürlich am Ende das Selbstvertrauen der Überreste einer der führenden Weltkulturen nicht erschüttern konnte, dennoch aber eine Tendenz, gegen die die Deutschen heute mit gutem Grund ankämpfen, wenn auch oft im Namen fragwürdiger Ziele. Und was am wichtigsten ist — und das ist heute eine typische Kritik, die von der Linken, zunehmend aber auch von der Mitte und vielleicht bald auch von der Rechten gegen Adenauers Politik erhoben wird —: die Integration in die westliche Allianz, die Politik des »alles oder nichts« bedeutete einen vielleicht absichtlichen und sicherlich endgültigen Verzicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands, sofern nicht ein Wunder in der Geschichte eintreten sollte (etwa der Zusammenbruch der Sowjetunion). Aber, und das ist die andere Seite dieser antinomischen Situation, dieses neue Deutschland, das in der »Selbstverwestlichung« und der Aufgabe der Reichsidee am weitesten gegangen ist, konnte dennoch weder im Osten noch im

Westen das Mißtrauen zerstreuen. Was den Osten betrifft, haben die aufeinander folgenden sowjetischen Führungen bis 1970 die »Gefahr des deutschen Revanchismus« an die Wand gemalt. Natürlich ist es immer schwierig, zu entscheiden, ob solche Drohungen real sind oder bloß für politische Zwecke ausgebeutet werden, aber es ist nicht zu bezweifeln, daß mit Ausnahme Chinas und der »gelben Gefahr« der einzige Fall einer Übereinstimmung zwischen der Regierung und dem Volksempfinden in der Außenpolitik die gemeinsame Angst vor einer neuen deutschen Großmacht gewesen ist. Was den Westen angeht, müßte der Aufstieg einer neuen deutschen Großmacht zwangsläufig sofortigen französischen Verdacht auslösen. Die letzten Jahre der Vierten Republik waren erfüllt von nervösen Diskussionen über die Rolle Frankreichs in der NATO, wenn Westdeutschland dieser als Vollmitglied beitreten sollte. Weder in den Vereinigten Staaten noch in der Bundesrepublik täuschte man sich darüber, daß de Gaulles Entscheidung, aus der militärischen Allianz auszutreten, durch den Aufstieg Deutschlands zur Quasi-Unabhängigkeit veranlaßt worden war. De Gaulle drohte öffentlich mit einer völligen Kehrtwendung Frankreichs und nötigenfalls einer Wiederbelebung des traditionellen französisch-russischen Paktes im Fall einer deutschen Nuklearaufrüstung. Wenn deutsche Beobachter jetzt behaupten, zumindest einige der Raketen der »force de frappe« seien auf deutsche Städte gerichtet, antworten versierte französische Kommentatoren entweder mit Stillschweigen oder mit einem höflichen »kein Kommentar«. Das ist keine zufällige Entwicklung. Zwar bezweifeln wir stark, daß es jemals eine »geheime westdeutsche Verschwörung« zur Unterjochung Westeuropas gegeben hat, aber es ist offenkundig, daß angesichts des französischen Ausscheidens aus der NATO und des erheblich geschwächten, nur zum Teil auf den Kontinent orientierten Großbritanniens Westdeutschland die westliche Kontinentalmacht par excellence ist, mit all den Lasten, Risiken und Pflichten, die mit dieser Rolle verbunden sind, aber ohne das Vertrauen und die Anerkennung, die normalerweise mit einer solchen Rolle innerhalb eines Bündnisses einhergehen. Das ist in der Tat eine antinomische Situation sowohl für Westdeutschland als auch für seine Verbündeten. Eine dritte Gruppe von Antinomien ergab sich in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem östlichen Teil Deutschlands, den Adenauer-Deutschland mit einem ungewöhnlichen Mangel an Realismus hartnäckig SBZ (sowjetische Besatzungszone) nannte und nicht als einen Staat mit zumindest formaler Souveränität anerkennen wollte. Das war natürlich mehr als bloß Dickköpfigkeit; es war integral verbunden mit dem ganzen System der »Ersatzlegitimation« von Adenauers historischer Option. Da er sich durch die »Integration in den Westen« für einen besonderen deutschen Staat entschieden hatte, der die einzige deutsche Nation verkörperte, war er faktisch gezwungen, den Rest Deutschlands als sowjetische Kolonie anzusehen. Sehr lange Zeit war Adenauers Propaganda nicht nur wegen der nackten Brutalität wirksam, mit der die Sowjets die deutsche Frage behandelten (wir denken dabei insbesondere an das Drama der »Volksdeutschen« aus dem Osten, die auf die abscheulichste Weise vertrieben wurden), sondern auch wegen der Haltung der ostdeutschen Apparatschiki selbst, die ihre Positionen behalten wollten, aber über die Absichten ihres Herrn und Meisters völlig im unklaren waren.

Mit ihrer schnellen Legitimierung aller Greuelthaten gegen deutsche Kriegsgefangene und Volksdeutsche in den osteuropäischen Ländern und ihrer direkten und offenen Abhängigkeit von den sowjetischen Militärkommandanten ähnelten die Ostdeutschen tatsächlich viel mehr einer Kolonialverwaltung als einer dienstwilligen Regierung. Doch es war Adenauers Lösung, die die Dinge beschleunigt hatte: je tiefer die Bundesrepublik in die westliche Allianz integriert wurde, desto schneller vollzog sich die Formalisierung einer wenigstens nominel-

len Souveränität Ostdeutschlands, sehr gegen dessen eigene Intentionen und Interessen. Das wirft natürlich die bekannte Frage auf: Haben Adenauer et alii bewußt eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands, basierend auf sowjetischen Verhandlungsangeboten im Jahre 1952 und später im Jahre 1955 sabotiert, in dem sie ihre Politik des »alles oder nichts« verfolgten, um ihre politische Hegemonie zu bewahren, oder nicht? Da eine direkte Antwort auf diese Frage nicht nur eine unvergleichlich größere Kenntnis der deutschen Geschichte erfordern würde, als wir sie haben, sondern auch Einsicht in gewisse dunkle Stellen der Geschichte, wollen wir lieber eine breitere Frage zu beantworten suchen: Stellten diese sowjetischen Angebote eine *objektive Möglichkeit* für die Wiedervereinigung Deutschlands dar oder nicht? Wir glauben, daß sie 1952 gewiß keine solche Möglichkeit bedeuteten, wohl aber 1955, als die Initiative mehr in den Händen der Vereinigten Staaten als in denen der westdeutschen Diplomatie lag.

Was das erste Angebot betrifft, zeigen alle verfügbaren historischen Beweismittel eindeutig, daß Stalin nicht ernstlich und ehrlich die Absicht hatte, eine Wiedervereinigung Deutschlands selbst auf der Basis einer Finnlandisierung zuzulassen: dabei hätte er nur viel verloren und nichts gewonnen. In Anbetracht der sowjetischen Wirtschaftslage kurz nach dem Krieg wäre ein wiedervereinigtes, wenn auch finnlandisiertes Deutschland wie ein Wirtschaftsriese über der Sowjetunion gestanden und hätte mehr der westlichen als der östlichen Wirtschaft genützt. Obwohl das westliche Atommonopol gebrochen war, konnte man nicht wissen, wann der Westen *ganz* Deutschland gewonnen haben würde, sobald die Sowjets Ostdeutschland aus ihrem Griff entschlüpfen ließen, wobei ihnen nur die Möglichkeit eines Krieges verblieben wäre, falls sie wünschen sollten, eine strategisch nachteilige Situation zu korrigieren. Damals war die gaullistische Option (und die Angst der Franzosen wegen des vorangegangenen deutschen Aufstiegs) noch nicht aufgetaucht; eine zu enge Beziehung zwischen Deutschland und Rußland konnte nur noch engere Bindungen zwischen den USA und dem übrigen Westeuropa zur Folge haben. All dies ist eine starke Widerlegung der Echtheit von Stalins Angebot. Viel eher war es ein Versuch, die Integration Westdeutschlands in den Westen zu bremsen. Nach Stalins Tod jedoch änderte sich die Lage. In einem geheimnisvollen Dokument, welches »Der Spiegel« 1978 veröffentlichte und das den Titel trug: »Manifest des Bundes demokratischer Kommunisten in der DDR«, wurde die Situation in der DDR folgendermaßen dargestellt: »Alle Machtkämpfe im Politbüro — Ackermann, Zaisser, Herrnstadt, Oelssner, Schirdewan, Ulbricht kontra Honecker — waren mit der nationalen Frage verbunden.« (Brandt/Ammon 1981, 343) Ein solcher Kommentar mag wohl eine richtige Einschätzung der damaligen Ansichten über die nationale Frage in der DDR sein, ja er enthält eine gewisse Bedeutung, weil Zaisser, der Innenminister, eng mit Beria verbunden war und nach der Verhaftung und Hinrichtung seines Protektors in Moskau 1953 aus der politischen Führung und später auch aus der Partei ausgeschlossen wurde. Seit damals kursieren Gerüchte, Beria hätte die DDR »verkaufen« wollen, mit anderen Worten, was unter Stalin eine bloße Propagandaübung gewesen war, wurde zu einer ernsthaften, wenn auch nicht unbedingt ehrlichen Verhandlungsposition. Doch das waren eben nur Gerüchte. Inzwischen ist jedoch ein entscheidendes Beweisstück veröffentlicht worden, das bis dahin der Aufmerksamkeit der deutschen Historiker entgangen war und bestätigt, daß Beria tatsächlich einen Handel eingehen wollte, der die mögliche Abtretung der DDR an den Westen für einen unbekanntenen Preis einschloß (ein Angebot, das höchstwahrscheinlich nie bis zum State Department gelangte). Dieser Beweis stammt von Pietro Secchia, dem damals dritthöchsten Funktionär der kommunistischen Partei Italiens.<sup>4</sup>

Angesichts dessen, was kommunistische Politik schon immer gewesen ist, ist das Resultat der Beria-Option kein Argument gegen, sondern eher für die Echtheit des sowjetischen Deutschland-Angebotes vom Jahre 1955. Ja, Beria wurde von seinen Kollegen ermordet (so wie er sie ermordet hätte), wobei sie unter anderem seinen »Verrat« in der deutschen Frage als Rechtfertigung benützten; aber sie könnten die bemerkenswerte Idee im Gedächtnis behalten und sie zwei Jahre später als »marxistische-leninistische Lösung eines komplexen Problems« angewandt haben. In unserem Buch über Ungarn, 1956 (Fehér/Heller 1983), äußerten wir die Ansicht, die erste Führung nach Stalin, geschüttelt von inneren Kämpfen und Rebellionen, die fast das ganze Imperium in Mitleidenschaft zogen, könnte dem Gedanken eines frühen Beginns der *Détente* zumindest zugänglich gewesen sein.

Im folgenden werden wir kurz hinweisen auf die restlichen antinomischen Elemente im deutschen Problem, geschaffen von der Option Adenauers, der »Mitteldeutschland« als sowjetische Besatzungszone belassen wollte, faktisch aber deren Umwandlung in einen *sowjetischen Staat* mit formaler Souveränität beschleunigt hatte. Das erste Element ist offenkundig: eine »nationale« ostdeutsche Bürokratie, konsolidiert als Staat, die — zumindest kurzfristig — keine Chance sieht, in ganz Deutschland die Macht zu ergreifen, wird mindestens ebensowenig an der Wiedervereinigung Deutschlands interessiert sein, wie es nach Ansicht der Linken die Adenauer-Führung gewesen ist. In der von Brandt und Ammon herausgegebenen Dokumentensammlung spricht Willi Stoph in seiner Eigenschaft als ostdeutscher Ministerpräsident mit ungewöhnlicher Offenheit von der Unmöglichkeit, die beiden deutschen Staaten zu vereinigen oder zu verschmelzen. Eine weitere, weniger offenkundige Folgerung wurde von Peter Brückner auf eine Weise formuliert, die für die Auffassung breiter Strömungen in der westdeutschen Linken charakteristisch ist: eine der wichtigsten Oppositionskräfte, nämlich die kommunistische — sagt Brückner —, existiert in Deutschland in *Form eines Staates*. Und diese scharfsinnige Formulierung drückt eine der traurigsten Selbsttäuschungen der westdeutschen Linken aus. Betrachten wir einen *Staat* mit einem voll entwickelten modernen Unterdrückungssystem, in dem es aus prinzipiellen Gründen weder eine »Rechte« noch eine »Linke« gibt<sup>5</sup>, als eine *politische Oppositionspartei*, dann ergibt sich daraus natürlich eine ganze Reihe von obligatorischen politischen Normen. Nicht nur nichtkommunistische Sozialisten, sondern auch Liberale müssen gelegentlich »Bündnisse« mit ihm in Betracht ziehen und seine »politischen Bedürfnisse« als eine der legitimen Stimmen der Opposition anerkennen, denn eine völlig ablehnende Haltung ihm gegenüber scheint stets an »kaltes Kriegerturn« zu grenzen. Dies zeigt sich besonders in den deutschen Diskussionen der Antiatombewegung, in der ostdeutsche kommunistische Manipulation und Unnachgiebigkeit sehr oft gerade deshalb geduldet wird, weil die Kommunisten als »Oppositionskraft« und Teil der westdeutschen (in weiterem Sinne der deutschen) politischen Szene gesehen wird, so daß ihre Stimme als ebenso legitim betrachtet wird wie die jeder anderen politischen Kraft. Der springende Punkt ist, daß die DDR natürlich *keine* politische Partei am linken Ende des westdeutschen politischen Spektrums ist, sondern ein unterdrückerischer Staat jenseits der Alternative von »rechts« oder »links«. Aus diesem Grund hat die eurokommunistische Option sich auf der Szene nie durchsetzen können. Aber diese Konfusion ist auch einer der Faktoren, die im Kielwasser der Adenauer-Option entstanden sind. Die SPD hat lange Zeit für die Anerkennung der DDR als souveräner Staat gekämpft. Doch Egon Bahr, der Hauptexponent des innerdeutschen Problems in der SPD, sagte 1963, die richtige Vorgangsweise in der deutschen Frage sei folgende: »Die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sind nur mit der Sowjetunion zu schaffen. Sie sind nicht in Ost-Berlin zu bekommen...« (Brandt/Ammon 1981, 235). Das ist

nicht nur eine graphische Darstellung der authentischen sozialdemokratischen Konzeption eines »souveränen Staates«, den die Sozialdemokraten im übrigen anerkennen wollen, sondern auch die Darstellung eines traditionellen Typus deutschen politischen Denkens: einer Politik, die immer »von oben« geführt wird, immer in Form sublimen (und stets unrealistischer) Pläne aller möglichen Marquis Posas, immer mit nachweislicher Feindseligkeit gegen soziale Bewegungen (im Osten wie im Westen). Der gegenwärtige unkritische Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie angesichts gewisser höchst problematischer Tendenzen in der Antiatombewegung und der sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen ist die verdiente historische Strafe für ihre hochmütige Arroganz gegenüber Bewegungen während einer Periode von zwanzig Jahren, für ihren dogmatischen Glauben an die Weisheit der Herren der Welt, die zusammenkommen und die Konflikte nach ihren eigenen Vorstellungen beilegen.

Von Anfang der sechziger Jahre an vollzog sich in der deutschen Konstellation ein allmählicher, aber radikaler Wandel, dessen sichtbarstes politisches Ergebnis das Ende der politischen Hegemonie der CDU/CSU und die schrittweise Eroberung der Macht durch die SPD (im Bündnis mit den Freien Demokraten) war. Die Ursachen dieses Wandels lassen sich in lakonischer Kürze zusammenfassen. Erstens war die Adenauer-Option *in vollem Maße verwirklicht* worden, die Bundesrepublik war nicht nur als (fast völlig) souveräner Staat in das westliche Bündnis integriert, sondern war auch dessen wichtigste »Kontinentalmacht« geworden. Da damit die historische Aufgabe, die Adenauer sich gestellt hatte, erfüllt war und da dies in unbeabsichtigter Weise die Entstehung der DDR, selbst ein symbolisches Zeichen für die *Unmöglichkeit* einer Wiedervereinigung Deutschlands nach Adenauers Vorstellungen, beschleunigt hatte, gab es in der Tat keine historische Aufgabe mehr, die die Unionsparteien hätten erfüllen können. Zweitens war zwar das deutsche »Wirtschaftswunder«, das insofern tatsächlich ein Wunder war, als es das zerstörte Deutschland in den wohlhabendsten Staat Westeuropas verwandelte, eine Art »Trostpreis« für die unwiederbringlich verlorene nationale Einheit und den verletzten Nationalstolz, aber es entstanden gewisse strukturelle soziale Probleme, die eine selbstbewußt prokapitalistische, konservative Regierung nicht lösen konnte. Die Zeit war reif für einen Wandel, wenn er auch später mehr Desillusionierung als Erfüllung brachte. Drittens begann nach der Berlinkrise der Kalte Krieg »nachzulassen« und (in Form vertraulicher Kommunikationen zwischen Chruschtschow und Kennedy) einem Zustand Platz zu machen, der später Kissingers strategische Option werden sollte. Der Vietnamkrieg lenkte die Spannungen von Europa nach Asien ab, so daß ein Hauptargument der Unionspartei, nur ihre unbeugsame Energie könne den neuen Staat beschützen, nicht mehr eine Wählerschaft ansprach, deren Bedürfnisse und politische Prioritäten sich änderten. Und schließlich vollzog sich auch in der Sozialdemokratie mit dem Antritt einer neuen Führergeneration eine Reihe von Änderungen. Einerseits gaben die Sozialdemokraten Schumachers Nationalismus auf und akzeptierten die Integration Westdeutschlands in das westliche Bündnis, während sie andererseits (in Bad Godesberg) ihre sozialistischen Ambitionen zurückschraubten; letztlich gewannen sie allmählich Verständnis für eine neue Öffnung, die später unter dem Namen »Neue Ostpolitik« bekannt wurde und objektiv Adenauers Mission vollendete. Während der konservative Bundeskanzler dem Westen versichert hatte, die Bundesrepublik sei ein *Nationalstaat* und kein Kern eines deutschen Reiches, betonte der sozialdemokratische Bundeskanzler, typisch für einen Mann, der einst die Uniform der »Feinde Deutschlands« getragen hatte, daß Deutschland unter der Führung seiner Partei den Gedanken einer Überschreitung der Oder-Neiße-Linie für immer aufgegeben habe. In diesem Sin-

ne sind Adenauer und Brandt weniger politische Gegner als komplementäre Gestalten der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Wie es in der deutschen Politik so oft vorkommt, wurde der wahre Inhalt der bevorstehenden wichtigen politischen Wendung von jemandem ausgesprochen, der nicht zum Zentrum der Politik im engeren Sinne gehörte (wenngleich er eine kulturelle Zentralgestalt von politischer Bedeutung war). Lange bevor »Der Spiegel« ein fast unkritischer Befürworter von Brandts Politik wurde, gab Rudolf Augstein 1965 dort die beste Zusammenfassung der »neuen Ostpolitik«: »Angenommen, wir bekämen trotz allem eine handlungsfähige Regierung, was könnte sie tun? Als erstes, sich eingestehen, daß Krieg in Europa nicht aus sich heraus droht, nicht aus der Teufelei des gottlosen Bolschewismus, sondern zu allererst aus der Verknotung der Deutschlandfrage. Die gegenwärtigen Grenzen müssen anerkannt werden, damit Polen und die CSSR ihren Weg zur Selbständigkeit weitergehen könnten. Von ganz Osteuropa muß der Druck des deutschen Revisionismus — ich benutze hier absichtlich eine ursprünglich kommunistische Vokabel — genommen werden. Zu den Regierungen der früheren Satellitenländer sollten freundschaftliche Beziehungen jeder Art, selbstredend auch diplomatische, angeknüpft werden. Das alles wäre schon viel. Zweitens: Erwägungen der beiden Weltmächte, sich ohne Gefährdung der Balance aus der Mitte Europas zurückzuziehen, sollten nicht länger sabotiert, lächerlich gemacht und konterkariert, sondern konstruktiv gefördert werden. Ohne atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, ohne Auseinanderücken der Militärböcke auf einem begrenzten Gebiet, ohne 'Diskriminierung' keine Chance für innerdeutsche Annäherung, keine Chance für Rückeuropäisierung in den früheren Satellitenländern. Hier ist ein absolutes Umdenken notwendig, und zwar in einer der deutschen Mentalität zuwiderlaufenden Richtung, ein Umdenken gegen den Strich. Hätten die Sowjets erst Polen, Ungarn und Deutschland verlassen, wäre die Evolution gesichert. Hätten die Amerikaner den Kontinent verlassen, müßte auch de Gaulle, oder wer immer in seine Schuhe steigt, zufrieden sein. Freilich, ohne die USA als Garanten einer europäischen Regelung, wird es keine geben. Wie Frankreich und Schweden den Westfälischen Frieden garantierten, so sind die USA und Rußland, ob wir das wollen oder nicht, ob es uns paßt oder nicht, die Garanten jedes Systems im heutigen Europa. Und drittens, letztens, die DDR, die fälschlich so genannte: sie sollte durch Kollaboration, durch vielfältige Wirtschaftsverflechtung, sogar durch Wirtschaftshilfe auf ein ökonomisch höheres Niveau gebracht werden. Ob ihre Regierung eine deutsche Regierung ist, kann einstweilen mit gutem Grund bezweifelt werden, nicht aber, daß sie eine de facto-Autorität, eben eine Regierung ist... Unser Interesse geht dahin, daß die DDR-Behörden zu einer Regierung ohne Gänsefüßchen, zu einer selbständigeren, selbstbewußteren Körperschaft werden. Unser Interesse geht dahin, die DDR-Regierung zu einer deutscheren, zu einer deutschen Regierung zu machen... Kommunistisch oder was sie dafür hält, mag sie bleiben, das soll uns nicht hindern.« (Brandt/Ammon 1981, 254 f.)

Die Bilanz der »Ostpolitik« kann folgendermaßen zusammengefaßt werden: Erstens erfüllten die neuen führenden Politiker Deutschlands, die öffentlich erklärten, für die im Namen Deutschlands und von Deutschen begangenen entsetzlichen Untaten Scham und Reue zu fühlen, und gewissermaßen die Verantwortung auf sich nahmen, obwohl viele von ihnen selbst Opfer von Verfolgung gewesen waren, eine Pflicht für ihre Nation und für die ganze Menschheit; ohne das hätte es nie Versöhnung geben können. Man muß hinzufügen, daß diese Pflicht von den konservativen Politikern nie auf ehrliche Weise erfüllt worden ist. Zweitens, und nicht unabhängig von dem oben Gesagten, hat die »neue Ostpolitik« die Spannun-

gen in den deutsch-sowjetischen Beziehungen gelockert, nicht nur auf offizieller Ebene, sondern auch an der sozialen Basis. Drittens war der Prozeß der »Verschmelzung« der DDR-Wirtschaft mit der westdeutschen, wodurch Honeckers Deutschland über westdeutsche Kanäle ein stiller Partner der EG wurde, ebenfalls ein organischer Teil der »Ostpolitik«. Betrachtet man diese Öffnung von einem ausschließlich nationalistischen Gesichtspunkt, dann war sie natürlich in dem Sinn erfolgreich, daß die DDR, sowohl von den Sowjets und von der BRD gefördert, den höchsten Lebensstandard innerhalb des Ostblocks erreicht hat und gewisse ökonomische Belastungen auf die westdeutschen Steuerzahler abschieben konnte. Beurteilt man jedoch den Prozeß nach dem Wert der Freiheit (der Demokratie), dann war er ein totaler Versager. Es wurde keine nennenswerte Liberalisierung der DDR erreicht oder auch nur gefordert, nicht einmal in der Form des innerdeutschen Verkehrs, mit Ausnahme einer Erleichterung der Familienzusammenführung. Honeckers »Arbeiter- und Bauernrepublik«, über welche die westdeutsche Linke sich immer wieder Täuschungen hingibt, bleibt neben der Türkei und Albanien der repressivste Staat Europas, seit dem Sturz oder dem allmählichen Abbau der Diktatur in Portugal, Griechenland und Spanien (sofern man hier die Sowjetunion ausnimmt). Viertens zeigt auch die grundlegende ideologische Selbsttäuschung der Brandt-Schmidt-Ära, die »Politik der kleinen Schritte«, ihr Janusgesicht. Der neue Slogan, der mit der in Bad Godesberg vollzogenen Revision der marxistischen Tradition aufkam, war Teil eines Pakets: Annahme der amerikanischen Soziologie der »Industriegesellschaft« und Aufgabe jedes Gedankens an eine radikal sozialistische Strategie, ob marxistisch oder nicht-marxistisch. Das wurde von deutschen Politikern (den sehr wenigen, welche die Philosophen, die ihnen als Quelle ihrer Politik dienen, kennen) als Verwirklichung des Weberschen Postulats angesehen: Verzicht auf eine Politik der »Endziele«, die stets zu totalitären Schlußfolgerungen führt. Aber zitieren wir einen kurzen Absatz aus einer Rede Brandts von 1970, um zu zeigen, zu welch gefährlichen Illusionen die angeblich überlegene »Politik der kleinen Schritte« geführt hat: »Schon die Vorstudien für diesen größeren Bericht ('Die Angleichung der Bedingungen in der Bundesrepublik und der DDR' — F.F./A.H.) haben die Erkenntnis hervorgebracht oder bestätigt, daß die unter dem Namen 'Konvergenztheorie' bekannte Konzeption gleichzeitig falsch und richtig ist. Sie ist falsch, denn die beiden deutschen Staaten entwickeln sich nicht aufeinander zu; aber sie ist richtig, weil die Notwendigkeiten der modernen Industriegesellschaft den Osten und den Westen, ungeachtet der gegebenen politischen und sozialen Bedingungen, zu Reformen veranlassen. So ist es zu erklären, daß mehrere technologische und wissenschaftliche Projekte und die Behandlung bestimmter Strukturprobleme in verschiedenen Regionen beider Teile Deutschlands in die gleiche Richtung weisen.« (Brandt/Ammon 1981, 303)

Es erübrigt sich, die Richtigkeit und Relevanz dieser Vorhersage zu kommentieren. Wichtiger ist es, zu sehen, was durch den oberflächlichen Optimismus des Programms der »kleinen Schritte« verdeckt worden ist: *die tatsächliche Verschiebung aller echten Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands ad calendas Graecas*. Das war noch kennzeichnender für die Ära Schmidt, als der Bundeskanzler es als Optimum seiner Deutschlandpolitik bezeichnen konnte, daß das Problem »offen geblieben« sei. Die SPD, die Schumachers Nationalismus aufgegeben hatte, aber zur Macht gekommen war mit einer Kritik an der Romantik des Kalten Krieges und mit den Versprechen, der Realismus ihrer »Politik der kleinen Schritte« werde Resultate erbringen, die mit den CDU/CSU-Illusionen nicht zu erzielen wären, erreichte genau das gleiche wie ihre Vorgänger: überhaupt keinen Fortschritt.

Was sind — falls es welche gibt — die abstrakt-logischen Chancen einer Wiedervereinigung

Deutschlands in solch einer Situation, erst vom westlichen, dann vom östlichen Standpunkt betrachtet?

Aus Gründen, die sofort klar sein werden, ist es leichter, mit der östlichen Perspektive zu beginnen. Für die DDR hat es, rein logisch gesprochen, immer die »Beria-Option« gegeben, das heißt die Möglichkeit eines Ausverkaufs an den Westen im Rahmen eines globalen Handels zwischen den Supermächten. Wenn wir unter »DDR« den herrschenden Apparat verstehen und nicht die Bevölkerung (für diese wäre es natürlich eine Befreiung), dann ist unserer festen Überzeugung nach diese Option von keinem Teil des Apparats jemals ernstlich in Betracht gezogen worden. Die Beria-Option hätte den ostdeutschen Apparat gezwungen, einen der folgenden zwei Wege zu beschreiten: entweder sein Verhalten so radikal zu ändern, daß aus ihm etwas geworden wäre, was er nie gewesen ist, oder seine gegenwärtige allmächtige Position aufzugeben und zu politischer Bedeutungslosigkeit herabzusinken. Ferner gibt es, wieder rein logisch gesprochen, die Möglichkeit einer »Jugoslawisierung«, das heißt ein beträchtliches Maß an innerer Liberalisierung, verbunden mit einem wachsenden Maß an relativer Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Diese Option wird jetzt von Teilen der westdeutschen politischen Szene als ein garantiertes Allheilmittel angesehen. Es wäre nicht gerecht, zu sagen, dies sei nur eine logische Möglichkeit, aber ihre Verwirklichung würde dennoch von ganz anderen Faktoren abhängen als jenen, die von westdeutschen Analytikern angenommen werden. Kurz gesagt, sie kann nicht zustande kommen, bevor irgendeine Art von Wiedervereinigung vollzogen ist, nur nach der Bildung einer Konföderation, bei welcher die *formale* Gewalt (die eine Intervention gegen potentielle »Titoisten« sogar »legitim« macht) über die DDR gelockert wäre. Doch sogar nach der Bildung einer Konföderation wäre dies in Anbetracht der Natur des ostdeutschen Kommunismus ein sehr unwahrscheinliches Ergebnis der Ereignisse. Eine Konföderation mit der DDR würde zweifellos Risiken mit sich bringen und einen hohen Preis erfordern: die »Finnlandisierung« Westdeutschlands wäre eine bessere Bezeichnung für das wahrscheinliche Resultat einer Konföderation. Drittens gibt es die hypothetische Möglichkeit einer »allmählichen Wiedervereinigung«, einer »stückweisen Verschmelzung« der beiden deutschen Staaten. Wie wir gesehen haben, hegten Brandt und die SPD solche Hoffnungen; ihre unvergleichlich realistischeren Gegenspieler in der DDR haben dies jedoch nie getan. Willi Stoph sagte das beim Erfurter Treffen der Delegationen beider deutscher Staaten im Jahre 1970 sehr klar: »In der Tat — die beiden souveränen Staaten DDR und BRD lassen sich nicht vereinigen, weil gegensätzliche Gesellschaftsordnungen nicht vereinigt werden können.« (Brandt/Ammon 1981, 310) Für den herrschenden Apparat wäre die Vereinigung nur eine freiwillige Annahme der ersten Version, der »Beria-Option«, und wir haben es hier ja nicht mit Narren zu tun. Viertens und letztens hat die DDR stets *eine* Lösung empfohlen: eine Konföderation. Dies würde Westdeutschland eine symbolisch-»kulturelle« Genugtuung bringen und dem ostdeutschen Apparat mehrere unschätzbare Vorteile. Die Genugtuung für den Westen wäre eine kulturell-geistige Einheit um den Preis der Selbstfinnlandisierung ganz Deutschlands, was natürlich automatisch die Rückkehr zu einer der schlechtesten Traditionen der deutschen Kultur bedeuten würde: zu einem erhöhten Patriotismus ohne *politisches Selbstbewußtsein*. Unter den Bedingungen einer Selbstfinnlandisierung wäre nämlich weder eine Kritik an Ostdeutschland noch ein echter (demokratischer) westlicher Radikalismus vorstellbar.

Die Vorteile des Ostens sind leicht aufzuzählen. Erstens wäre es ein enormer politischer Sieg für einen repressiven politischen Apparat, eine faktische Bestätigung des zynischsten aller ostdeutschen Schlagwörter: »Wer mit der Sowjetunion ist, ist mit den Siegern« (Das ist natür-



lich im Sinn der friderizianischen Tradition). Zweitens ist es leicht, die ökonomischen Vorteile einer solchen Konföderation für ein hochindustrialisiertes Land zu sehen (die DDR ist die fünftgrößte Industriemacht Europas), das aber wegen seines Gesellschaftssystems an unheilbaren Krankheiten leidet, was die wirtschaftlich-zweckmäßige Rationalität betrifft. Politisch würde eine Selbstfindlandisierung ganz Deutschlands (der einzige Preis, um den es zumindest theoretisch vorstellbar ist, daß der russische Apparat einer solchen Konföderation zustimmen würde) es dem ostdeutschen Apparat ermöglichen, jeden ihm beliebigen Kurs einzuschlagen. Der wahrscheinlichste ist die Fortsetzung des bisherigen harten Kurses, mit der einzigen Ausnahme, daß er im innerdeutschen Reiseverkehr Zugeständnisse machen müßte (die wegen der neuen ökonomischen Konstellation nicht zu einem neuen Exodus führen könnten). Zugleich würde er ein Brückenkopf für eine spätere Unterordnung ganz Deutschlands unter die Bedürfnisse des sowjetischen Expansionismus werden.

Was die westliche Wiedervereinigungsstrategie betrifft, so hatte sie immer zwei Optionen, die zwar kaum jemals öffentlich verkündet wurden, aber unvermeidlich in der unrealistischen Alternative des »alles oder nichts« enthalten waren. Die erste war ein amerikanischer Sieg über die Sowjetunion, die zweite eine neue russische Revolution oder ein Zusammenbruch der UdSSR in einer unvorhergesehenen Form (in welchem Fall die Wiedervereinigung eine Selbstverständlichkeit wäre). Die erste ist inzwischen eine physische Unmöglichkeit geworden, da sie identisch wäre mit einem auf Biegen oder Brechen geführten Atomkrieg, nach dem die Überlebenden Dringenderes zu tun hätten als die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands. Die zweite ist weder eine theoretische noch eine physische Unmöglichkeit, aber sie ist eine politische Nicht-Option, weil sie eine Alternative darstellt, auf die hin keine deutsche politische Tätigkeit entfaltet werden kann; sie ist daher ein frommer oder unfrommer Wunsch. Es hat eine dritte Möglichkeit gegeben (gibt sie aber nicht mehr): die »Beria-Option«. Für den ostdeutschen Apparat hätte sie Selbstmord bedeutet, aber für den Westen wäre sie bis in die frühen sechziger Jahre eine realistische Alternative gewesen. Wir haben versucht, die (nicht mehr bestehenden) historischen Voraussetzungen für ein solches, vom Westen in den Jahren 1955-1956 versäumtes Globalabkommen zu analysieren, von dem die Wiedervereinigung Deutschlands ein wichtiger Teil hätte sein können. Eine vierte theoretische Option ist ein spezieller *deutsch-russischer* Handel, eine einfache Neuauflage von 1922, aber dafür fehlen die Voraussetzungen und werden höchstwahrscheinlich auch nie wieder entstehen. Rapallo im Jahre 1922 war ein Abkommen zwischen zwei fast gleichermaßen geschwächten Großmächten, die einander brauchten und einander mehrere Vorteile zu bieten hatten. Heute sind Westdeutschland und die UdSSR gleichermaßen stark, aber in verschiedenen Formen. Die UdSSR ist die führende Militärmacht der Welt mit einem osteuropäischen Imperium von Satellitenstaaten, das an Westdeutschland grenzt, und mit einer wachsenden Anzahl von Stützpunkten in allen Teilen der Welt. Zugleich ist ihre Wirtschaft, trotz industriellem Wachstum, fortwährend kränklich geblieben und würde im Prinzip große und langfristige westdeutsche Investitionen brauchen. Doch die Ungleichheit im ersten Aspekt ist so enorm (und kann ohne eine atomare Selbstbewaffnung Westdeutschlands, die faktisch unmöglich ist, nicht beseitigt werden), und die Risiken des zweiten Kurses sind für das westdeutsche Kapital so komplex und unvorhersehbar, daß sie eine einfache Wiederholung von Rapallo nicht zulassen. Ferner gibt es die theoretische Möglichkeit, daß die Bundesrepublik ein für allemal den Gedanken an eine Wiedervereinigung Deutschlands aufgibt, als Preis für den Vorteil, zum Westen zu gehören. Das Bedürfnis der Deutschen nach Wiedervereinigung ist jedoch so stark (und nochmals: es kommt nicht darauf an, warum dieses Bedürfnis so stark

ist, sondern darauf, daß es als ein starkes kollektives Bedürfnis existiert), daß keine *gewählte* deutsche Regierung sich eine solche formale Geste leisten könnte. (Sogar die nichtgewählte Regierung der DDR bietet öffentlich eine historische und ferne Öffnung für solche Hoffnungen.) Was letztlich bleibt, ist das genaue Gegenteil der dritten Alternative, die einmal eine historisch realistische Option war, es aber nicht mehr ist. Es ist die *Selbstfinlandisierung* Westdeutschlands, die vor Jahrzehnten als Unsinn, als eine Nicht-Option angesehen wurde, heute jedoch nicht mehr; sie ist zu einer aktuellen, echten Option auf der Tagesordnung geworden. Ihre konkrete Form kann nur eine Konföderation sein, mit totaler innerer Unabhängigkeit des ostdeutschen Apparats, der seine Macht über die Bevölkerung behält, und ihre Vorbedingung der Austritt Westdeutschlands aus der NATO und seine faktische Abrüstung. Was immer die westdeutschen Illusionen über eine »Wiedervereinigung auf bundesrepublikanischer Grundlage« sein mögen, sie kann nur auf finnische Art vollzogen werden: indem die Souveränität Deutschlands *formal* von sowjetischer Zustimmung *abhängig* wird, zumindest vorläufig in bezug auf die Außenpolitik. *Das ist die potentielle Tagesordnung eines neuen Rapallo*. Die politischen Experten Westdeutschlands mögen diese Alternative herablassend als bloßen Alptraum einer dissidenten Fieberphantasie bezeichnen, tatsächlich aber können wir jeden Teil davon mit Dokumenten belegen, nicht nur mit solchen von winzigen kommunistischen Zellen in Westdeutschland, sondern auch mit Transparenten bei Massendemonstrationen und mit Artikeln großer liberaler Zeitungen.

Was hat solch eine unwahrscheinliche, früher faktisch unvorstellbare Option in weniger als einem Jahrzehnt zu einer echten Alternative gemacht? Vor allem muß man verstehen, daß diese Option in der einen oder anderen Form, heimlich und kaum verbalisiert, als Element der deutschen Verzweiflung über die Gleichgültigkeit der Welt angesichts berechtigter deutscher Klagen vorhanden gewesen ist. Hitlers dauerndes Vermächtnis besteht darin, die Tiefe dieses Gefühls unter den Deutschen gezeigt zu haben, die sich immer im Gegensatz zur übrigen Welt gesehen und ihre Vergangenheit nie gänzlich bewältigt haben. Das typische deutsche Gesellschaftsspiel ist das in Faßbinders »Chinesischem Roulette«, bei dem jeder Teilnehmer unausweichlich gefragt wird: Was wirst du im Dritten Reich gewesen? Andererseits hat die übrige Welt (zumindest der Teil von ihr, der vor vierzig Jahren mit den Deutschen in Berührung kam) im Osten und im Westen die deutschen Selbstreform nie gründlich und endgültig genug gefunden. Infolgedessen konnten die Deutschen sich mit Recht als ewig Verdächtige fühlen. In dieser ungesunden Atmosphäre, in der es für die Deutschen aller politischen Richtungen zumindest ein Element der Berechtigung gab, sich mit der Welt in Konflikt zu sehen, ist es kaum verwunderlich, daß sie die ganze Zeit alle Optionen theoretisch offen gehalten haben.

Es gibt jedoch noch gewichtigere Gründe. Der erste ist eine totale, *politische und ökonomische*, Wandlung des Westens. Eine kurze Analyse eines einfachen Satzes wird klarmachen, was wir meinen. Wenn Mitte oder Ende der fünfziger Jahre ein westlicher Staatsmann erklärte, »der Westen werde diese oder jene Lösung der deutschen Frage nicht zulassen« (sei es die atomare oder nicht atomare Wiederaufrüstung Deutschlands, die freiwillige Wiedervereinigung Deutschlands als Werk der Deutschen, die Errichtung eines totalitären Staates im westlichen Teil Deutschlands und dergleichen), war dieser Satz durchaus vernünftig und mit praktischen Sanktionen verbunden. »Der Westen«, worunter damals die USA, Großbritannien und Frankreich zu verstehen waren, die wenigstens in bezug auf Deutschland einvernehmlich vorgingen, hatte sowohl die ökonomischen als auch die militärischen Mittel, um seinen Willen auf denkbar einfachste Weise durchzusetzen. Inzwischen ist eine dramatische Verschie-

bung eingetreten, so daß »der Westen« weder das im Niedergang befindliche Vereinigte Königreich noch das aus der militärischen Allianz ausgetretene Frankreich bedeutet, sondern — nach den USA — in Europa vor allem *Westdeutschland*. (Wenn daher Mitterrand heute erklärt — siehe »Newsweek«, 7. Mai 1984, S. 18 —, es werde keine Wiedervereinigung Deutschlands geben, so ist das eine persönliche Erklärung; als de Gaulle das gleiche erklärte, war es politisches Faktum.) Ohne Westdeutschland wäre der Westen machtlos; und er kann die Bundesrepublik gewiß nicht mit ökonomischen Mitteln lenken. Andererseits Westdeutschland mit Waffengewalt zu etwas zwingen zu wollen, wäre erstens für die westliche Öffentlichkeit unvorstellbar und zweitens in praktischer Hinsicht ein selbstmörderischer Akt des Westens. Deshalb hat Deutschland (das heißt die Bundesrepublik) keinen Grund mehr, zu warten, ob »der Westen« etwas für oder gegen die Deutschen tut. Wenn überhaupt, dann sind es sie, als »der Westen«, die etwas für sich selbst tun können.

Zweitens ist zwischen dem Vietnamkrieg und der Reaganperiode *die amerikanische Hegemonie zusammengebrochen*.<sup>6</sup> Es ist und war immer die Frage für die Deutschen jeder politischen Richtung, ob Amerika einst eine Zauberformel für das deutsche Dilemma hatte und beabsichtigte, sie zu verwenden. Heute ist das keine Frage mehr. Während die amerikanischen Regierungen, die *in dieser Hinsicht* Ausdruck des amerikanischen Kapitalismus sind, versuchen, obsoletere Formen politischer und militärischer Hegemonie innerhalb der Allianz und über Westdeutschland aufrechtzuerhalten, haben sie nicht mehr die Macht und auch nicht die zugegebene Absicht, einen einzigen ersten Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands hin zu unternehmen. Für die Amerikaner hat die deutsche Frage die bestmögliche Lösung gefunden. Das ist jedoch sicherlich nicht die Ansicht der Deutschen.

Drei weitere Faktoren müssen zu dieser Konstellation hinzugefügt werden. Trotz einem äußerst geschickten »Krisenmanagement« (das ist das Beste, was man von der Ära Schmidt sagen kann) mußte die Kurve des westdeutschen Wohlstands an einem bestimmten Punkt ganz einfach zu sinken beginnen; damit verschwand der deutsche »Trostpreis« für die verlorene Einheit der Nation und die eingeschränkte Souveränität. Ferner brachten die Ereignisse in der Tschechoslowakei 1968 und jene in Polen 1981 die wichtige Lehre (aus der in Westdeutschland die Linke und die liberale Mitte die moralisch und politisch *schlechtesten* Schlußfolgerungen gezogen haben), daß die Periode des Chruschtschowschen Reformismus — für die Deutschen ohnehin ein zweifelhaftes Konzept — vorüber war und die UdSSR niemanden mehr durch ihr »menschliches Antlitz« zu gewinnen suchte, sondern statt dessen Respekt und Gehorsam verlangte. Drittens hat der Westen mit dem Antritt der Reagan-Administration — erstmals seit den französischen Regierungen der zwanziger Jahre — eine starke Regierung, die für die deutschen Beschwerden *am wenigsten Verständnis* hat. Reagan persönlich und Mitglieder seiner Regierung im Kollektiv haben alle nur möglichen Fehler in bezug auf Deutschland (und auf Westeuropa im allgemeinen) gemacht. Diese Politik war natürlich zum Teil von struktureller Bedeutung für den amerikanischen Kapitalismus: die Kosten der sehr begrenzten und bescheidenen wirtschaftlichen Erholung Amerikas wurden auf Westeuropa abgewälzt. Der Rest war schlicht und einfach Stümperei.

Was aus all dem resultierte, wurde vom »Spiegel« als »Aufstand gegen die Raketen« bezeichnet, und Karl Kaiser nannte es »national im antinuklearen Gewande« (Kaiser 1983). Der Ausdruck »Aufstand« ist nur scheinbar übertrieben. Hinter der Anti-Raketen-Bewegung steckt in Wirklichkeit eine Bewegung gegen das *Yalta-Potsdam-System* (der Hauptstoß kommt von der »romantischen« Mitte und der Linken, aber die Bewegung verbreitet sich zunehmend über ganz Westdeutschland). Außerdem ist es gewiß kein Zufall, daß dies vom Raketenpro-

blem provoziert worden ist. Theoretische Befürworter der atomaren Abrüstung werden natürlich sagen, daß die Aufstellung von Pershing-II-Raketen und Cruise missiles tatsächlich kein bloßer Zufall sei, sondern nur der letzte Schritt in einer langen Kette von gefährlichen, unverantwortlichen usw. Schritten der Amerikaner in ihrer Globalstrategie. Daher muß ihrer Ansicht nach das Raketenproblem nicht in einem national deutschen, sondern in einem globalstrategischen und humanitären Kontext gesehen werden. Läßt man jedoch für den Augenblick das ganze Problem der Antiatombewegung beiseite, kann man aufgrund der Brandt-Ammonschen Dokumentensammlung feststellen, daß die Lagerung von Raketen für alle Deutschen, die die Adenaueroption nicht als endgültig akzeptierten, *immer schon eine nationale Bedeutung gehabt hat*. Selbstverständlich ist es völlig sinnlos, zu versuchen, den Anteil von Angst und jenen von nationalistischen Überlegungen am Protest gegen die Raketen festzustellen. Danach befragt, wird jeder Protestierer erklären, daß er tatsächlich Angst empfindet, und wer kann sich schon über eine solche Gefühlsäußerung hinwegsetzen (ganz abgesehen davon, daß es mehr als genug Gründe für Angst gibt)? Aber die wichtige Tatsache ist, daß die sozialdemokratischen Politiker, solange sie gegen die Integration Westdeutschlands in die westliche Allianz waren, gegen die Raketen mit nationalistischen Argumenten auftraten. So sagte Fritz Erler 1958: »Meine Damen und Herren, lassen Sie mich die 'Times' zitieren, eine von Ihnen so hoch geschätzte Zeitung, die am 7. Januar dieses Jahres einfach feststellt: 'Grob gesprochen gibt es die folgenden Alternativen. Entweder Raketensilos in Westdeutschland, die die Teilung des Landes auf Generationen hinaus verfestigen werden, oder ein System einer Art militärischer Entflechtung...'«. (Brandt/Ammon 1981, 162) Mit anderen Worten, alle Antiatom-Kräfte begannen ihre Kampagne, bewußt oder unbewußt, an einem Punkt, den der Westen wie der Osten als symbolisches, wenn auch reales Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands ansehen. Dem Hauptstrom der Bewegung geht es weniger um Pershing-Raketen und Cruise missiles, was immer die ursprüngliche Absicht der Beigetretenen gewesen sein mag, sondern um die Wiedervereinigung Deutschlands. Diese ist, wir wiederholen es, eine völlig berechnete, ja gerechte Sache; die Frage ist jedoch (wie in allen Fällen nationaler Vereinigung), mit welchen Mitteln und um welchen Preis sie verwirklicht werden soll. Unsere Kritik stützt sich auf mehr als hundert Jahre sozialistischer, demokratischer und liberaler Traditionen, die, um beim Beispiel Deutschland zu bleiben, energisch für die deutsche Einheit in abstracto eintraten, während sie ebenso energisch die besondere Bismarcksche Form der Verwirklichung verurteilten.

Die Entwicklung eines neuen Rapallo verspricht keineswegs günstige Aussichten. Die Bedingungen eines neuen Rapallo könnten nur so beschaffen sein, daß sie, mit einem formellen Friedensvertrag oder ohne einen solchen, eine Änderung des Yalta-Potsdam-Abkommens *zum Schaden des Westens und zugunsten der UdSSR* fördern. Es würde ein »neutralisiertes« Deutschland bedeuten, das dem Westen feindlich wäre, unter der außenpolitischen Vormundschaft der Sowjetunion stünde, mit seinen gewaltigen technologischen und finanziellen Ressourcen den sowjetischen Regimen helfen würde, ihre Wirtschaftsprobleme ohne Liberalisierung ihres brutalen inneren Repressionssystems zu bewältigen, und damit indirekt (ironischerweise durch den Erfolg einer Antiatombewegung) die sowjetische Kriegsmaschine unterstützte. Dies wäre — abgesehen von einem Sieg Hitlers oder einer sofortigen Besetzung Westeuropas durch Stalin — der schlechtmöglichste Abschluß des Zweiten Weltkriegs. Darüber darf es keine Illusionen geben: Wenn es zu einem neuen Rapallo käme, wären dies die Bedingungen und das Ergebnis.

Wieso ist diese Gefahr real? Erstens wegen der zunehmenden Aufsplitterung der westlichen

Allianz, die eine Reihe von strukturellen Gründen hat, welche wir hier nicht analysieren können; zweitens wegen der Bedeutung gewisser »Hintergrundfaktoren« wie etwa der Schwächung der amerikanischen Suprematie (die Vereinigten Staaten können deshalb in diesem Prozeß nicht als Gegengewicht dienen, gewiß nicht *gegen* den Willen Europas und vor allem Deutschlands), und, was am wichtigsten ist, wegen der dominierenden Tendenzen innerhalb des einzigen potentiellen Subjekts, das ein solches Abkommen schließen könnte — der deutschen Sozialdemokratie. Man kann fast vorhersagen, was für eine herablassende Antwort die »Experten« darauf geben werden. Die deutsche Sozialdemokratie, werden sie sagen, wird sich niemals gegen die westliche Allianz wenden. Erst vor kurzem, als sie die Aufstellung neuer Raketen ablehnte, erneuerte sie ihre Verpflichtung gegenüber der westlichen Allianz. Doch abgesehen davon, daß es in der Politik kein »Niemals« gibt, abgesehen davon, daß 1978 alle autoritativen Sprecher der britischen Labour Party den Gedanken, ihre Partei könnte jemals die unilateralistische Position einnehmen, die zwei Jahre später zur offiziellen Parteipolitik wurde, als »feindliche Verleumdung« von sich gewiesen hätten, gibt es direktere Indizien für die Richtigkeit unserer These. In seinem oben erwähnten Artikel nennt Kaiser die Position Bahrs eine (illusorische) »Rückkehr zur Position des Nationalstaats, die mit der Idee des Bündnisses unvereinbar ist«, einen deutschen Gaullismus, dem die notwendigen Voraussetzungen der gaullistischen Politik fehlen. Und Egon Bahr ist zwanzig Jahre lang etwas mehr gewesen als der Vertreter idiosynkratischer Ideen in der SPD. Tatsächlich treibt die innere Dynamik der SPD die Partei, soweit wir sehen können, auf einen Unilateralismus zu, der in diesem Fall identisch ist mit der Neutralisierung Westdeutschlands und der Aufgabe der Allianz.

Diese innere Dynamik ist in den tiefen Widersprüchen der Partei selbst fest verankert. Einerseits hat die Wahlniederlage die Partei des Glorienscheins beraubt, den sie ein Jahrzehnt lang getragen hatte: der Atmosphäre eines sachkundigen Pragmatismus, der über den »simplistischen« sozialen Radikalismus triumphierte. Die deutsche Sozialdemokratie hat versagt in der einzigen Eigenschaft, in der sie überlegen und leistungsfähig zu sein schien, *ohne wieder sozialradikal im eigentlichen Sinn des Wortes zu werden*. (Die Wahlmagogie zugunsten des »Arbeitnehmers« mag erfolgreich gewesen sein in einer schlechten Wirtschaftslage, in der die Menschen eher der Partei, die gerade nicht an der Macht ist, den Vorzug geben, aber das hat nichts mit einem radikalen Programm zu tun). Deshalb *wandte die SPD sich dem Nationalismus zu*, im Kielwasser der romantischen Zentristen und der Nationalbolschewisten, deren unbestreitbares Verdienst es war, dem defaitistischen Schlagwort von »Finis Germania« den Krieg erklärt und ihren »Willen zur Nation« verkündet zu haben. Doch dieser Nationalismus, der seine traurige Laufbahn mit dem faktischen Verrat an Polen im Jahre 1981<sup>7</sup> begonnen hat, kann nur zu einem neuen Rapallo führen, dessen Bedingungen allesamt einen für den Westen ungünstigen Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg erleichtern würden.

Könnte ein neues Rapallo, unter den oben skizzierten Bedingungen, die deutsche Nation aus den Antinomien herausführen, die sie sich selbst geschaffen hat, nachdem die Revolution gegen Hitler fehlgeschlagen war? Unsere Antwort ist vorbehaltlos negativ. Ein neues Rapallo, wenn es zumindest das Symbol der Einheit, eine Konföderation, zustande bringt, würde die deutsche Nation noch einmal zu der Wegkreuzung führen, wo Freiheit und Nationalidee zusammentreffen und dann für sehr lange Zeit, wenn auch nicht zum ersten Mal, auseinandergehen. Eine Konföderation könnte die Lasten des östlichen (oder »mittleren«) Teiles Deutschlands keineswegs erleichtern, abgesehen von der gewiß wichtigen Frage der persönlichen Kontakte zwischen den Deutschen. Es kann jedoch kein Zweifel bestehen, daß der

DDR-Apparat als Vorbedingung einer Konföderation die zwangsweise Rückführung der Bewohner des »östlichen Bundesstaates« an ihre ursprünglichen Wohnorte fordern würde.<sup>8</sup> Infolgedessen würde das innere Repressionssystem kaum liberalisiert werden, und es würde sicherlich nicht verschwinden. Bestenfalls würde es den Westdeutschen möglich sein, ihren konservativ-liberalen Staat zu behalten, den sie recht treffend als »Obrigkeitsstaat« bezeichnen. Dieser könnte sogar schlechter werden durch einen neuen McCarthyismus, der sowohl gegen linke als auch gegen rechte Kritiker des nationalen Konsenses wirken würde, der zu dem »neuen Rapallo« führt; er würde gewiß keinen sozialen Spielraum für Sozialismus als radikale Demokratie einräumen. Deutsche aller Richtungen klagen heute über ihre eingeschränkte Souveränität, und selbst wenn manche Erklärungen übertrieben oder nicht authentisch klingen, ist das Faktum an sich doch wahr. Nach einem neuen Rapallo, als Folge der Selbstfinlandisierung, würden wir erfahren, was es heißt, eine eingeschränkte nationale Souveränität à la soviétique zu haben. Und bei all dem haben wir die offenbar nicht unmittelbar drohende Möglichkeit von Versuchen, ganz Deutschland zu sowjetisieren, wofür eine Konföderation zumindest einen Brückenkopf darstellen würde, nicht einmal erwähnt.

## II. Die möglichen Auswirkungen eines neuen Rapallo auf Osteuropa

Die erste Frage über die Auswirkungen eines neuen Rapallo ist die alte Frage: Wem würde es nützen? Bevor wir darangehen, sie zu beantworten, ist eine methodologische Bemerkung notwendig. Was folgt, ist zweifellos zum großen Teil Vermutung und (negativ) »Futurologie«. Diese ist bis zu einem gewissen Grad eine unverantwortliche intellektuelle Tätigkeit und gewiß *kein* Wissenszweig, denn es kann, wie schon Aristoteles kategorisch feststellte, keine Kenntnis der Zukunft geben. Daher können und wollen wir in dieser Hinsicht keinen Anspruch auf strenge Wissenschaftlichkeit erheben. Wir können nur behaupten, daß das, was wir als *faktische Tendenzen der Gegenwart* feststellen und miteinander zu einem neuen Ensemble kombinieren, das dominierende Muster einer sehr bedrohlichen Zukunft ist. Wir sind jedoch überzeugt, daß die Gesellschaftstheorie an kritischen Punkten der Geschichte verpflichtet ist, wie Cassandra auch mögliche künftige Gefahren zu artikulieren, selbst wenn solche Warnungen nicht immer den Anforderungen der »theoretischen Respektabilität« entsprechen mögen.

*Der Hauptnutznieser eines neuen Rapallo könnte nur die konservative sowjetische Nomenklatura sein, die das gegenwärtige Unterdrückungssystem ohne auch die bescheidensten inneren Reformen aufrechterhalten will.* Die entschiedene Ablehnung aller Sozialreformen war seit Chruschtschows Sturz so deutlich der kollektive Wille der Nomenklatura, daß man sie nur entweder bewußt oder aufgrund einer narzißtischen Beschränkung auf die eigenen Interessen und Probleme übersehen kann. Es ist besonders beunruhigend, daß fast alle westlichen Beobachter der sowjetischen Szene, Liberale und Konservative inbegriffen, eine entscheidende Entwicklung der jüngeren Zeit nicht bemerkt haben: *die allmähliche, aber fast offizielle Rehabilitierung Stalins und die damit parallel laufende Abwertung des 20. Parteitages.*<sup>9</sup> Der erkonservativen und repressiven UdSSR in der Zeit nach Chruschtschow würde ein »neues Rapallo« vor allem einen *notwendigen cordon sanitaire rund um das widerspenstige Osteuropa bringen.*

Der Begriff »cordon sanitaire« bedarf genauerer Spezifizierung, denn er ist sicherlich verschieden von dem der Westmächte nach dem Ersten Weltkrieg, als sie rund um die UdSSR ei-

nen Ring von konservativen (in den meisten Fällen diktatorisch regierten) Staaten errichteten, den sie potentiell als militärische Basis für eine neuerliche Intervention benützen wollten, wozu es jedoch nie gekommen ist. Der »cordon sanitaire«, so wie wir ihn hier verstehen, hat überhaupt keine militärische Bedeutung. Es gibt im Westen keine »Regionalmächte«, die sich mit der UdSSR messen könnten. Die osteuropäischen Länder, welcher »stillschweigende Konsens« auch hinter der offiziellen Propaganda stecken mag, vertrauen nicht auf westliche Hilfe und würden deshalb auch keine verlangen. Bis jetzt haben die Bewohner dieser Länder in einer politischen Umwelt gelebt, die mit ihrer Sache, mit ihrem Kampf um Emanzipation sympathisierte. Außerdem hat die Entwicklung seit Prag 1968 zunehmende Sympathie wichtiger Sektoren im Westen gebracht, besonders seitens der Eurokommunisten, die noch 1956 die ungarische Revolution als Aufruhr eines reaktionären Pöbels angesehen hatten; 1968 jedoch stimmten sie in die Proteste gegen die Unterdrückung der tschechoslowakischen Reform ein. Diese Art von Unterstützung könnte im Vergleich mit der sehr materiellen Macht der Sowjetunion allzu sublim scheinen; doch die Situation ist, wie wir glauben, komplexer. Es genügt, an Franco-Spanien zu denken, diesen verharrenden Gegenstand des »lyrischen Bewußtseins der europäischen Linken«, wie Jorge Semprun formulierte, wo der unaufhörliche Protest gegen die frankistische Anomalie eine unbestreitbare Rolle bei der Öffnung Spaniens zum Liberalismus nach Francos Tod gespielt hat.<sup>10</sup>

Man kann ohne zu übertreiben sagen, daß zumindest bei der deutschen Linken und beim »romantischen Zentrum«, das Vorspiel zu einem neuen Rapallo, zu einer Selbstfinlandisierung bereits begonnen hat. Ostdeutsche Dissidenten, sofern sie nicht wie Bahro einem »Nationalbolschewismus« huldigen, werden kaum geduldet in der Antiatombewegung, die die Hauptlast der gegenwärtigen sozialen Turbulenz trägt. Der bedeutende Schriftsteller und Dissident Jürgen Fuchs hat in Reden und Broschüren wiederholt festgestellt, wie weit die Führung und auch die Basis der heutigen nationalistischen Antiatombewegung bereits die Geduld mit den »ewigen Jeremiaden« der östlichen Dissidenten verloren haben, die sie jetzt als Unruhestifter betrachten. Nach dem wahrlich schändlichen Stillschweigen in den Tagen der polnischen Katastrophe gab es fast schon einen Konsens von der Sozialdemokratie über die »romantische« Linke bis zu den Liberalen (deren Meinung in der »Zeit« adäquat wiedergegeben wird), daß Jaruzelski mit seinem »Realismus und Patriotismus« der Retter Europas und des Weltfriedens sei. Leute, die sonst bitter über die eingeschränkte Souveränität Deutschlands klagen, loben uneingeschränkt den Mann, der die Oberhoheit der UdSSR über Polen wieder einmal außer Frage gestellt hat. Der sowjetische Krieg in Afghanistan (dessen Greuel stark an die Untaten der Wehrmacht und der »Einsatzgruppen« in der Ukraine zwischen 1941 und 1943 erinnern) ist aus dem öffentlichen Diskurs der Bewegung verschwunden oder wird bestenfalls nur euphemistisch erwähnt. Der Kult mit Kadar-Ungarn, dem zweifellos liberalsten und aufgeklärtesten aller osteuropäischen Polizeistaaten, hat das Niveau eines kultischen Dogmas erreicht: er kann in der deutschen liberalen Presse nicht einmal mehr in Frage gestellt werden. »Der Spiegel« hat die Rolle der französischen Kommunisten von 1956 übernommen und veröffentlicht in Fortsetzungen ein Werk über die ungarische Revolution (von David Irving, der sich selbst als »leicht faschistisch« bezeichnet), worin dieses entscheidende Ereignis der europäischen Emanzipation als verächtlicher, blindwütiger Pöbelaufbruch dargestellt wird.

Eine weitere, noch offenkundiger prosovietische Folge eines neuen Rapallo wäre die *Vertreibung der Vereinigten Staaten vom europäischen Kontinent durch die Deutschen* und damit in einer Form, die keine direkte amerikanisch-sowjetische Konfrontation implizieren würde. Ei-

ne solche Aktion Westdeutschlands wäre die *einzigste Möglichkeit*, in Anbetracht der spezifischen Unstabilität der politischen Atmosphäre in Amerika nach Vietnam und des Ausmaßes der gegenwärtigen Krise, den Abzug der Amerikaner aus Europa zu erreichen. Eine direkte sowjetische Forderung würde ignoriert werden; einer Drohung würde mit fast allgemeinem Konsens Widerstand geleistet werden; eine deutsche Forderung andererseits würde mit Abscheu und Ressentiments aufgenommen werden, aber ihre Folge könnte nur ein Isolationismus der USA sein, zusammen mit einem neuen französisch-amerikanischen Vertrag, mit dem die Vereinigten Staaten auf eine solche Forderung reagieren könnten.

Wer Zweifel hat, sollte die Einzelheiten des britisch-rhodesischen Konfliktes studieren. Das separatistische Vorgehen Rhodesiens war in Großbritannien nicht populär, weil viele Menschen darin einen Schlag gegen das Commonwealth sahen und andere eine offen rassistische Entscheidung. Vom militärischen Standpunkt wäre es mehr eine Polizei- als eine militärische Aktion gewesen, die weiße Minderheit Rhodesiens in die Knie zu zwingen. Es gab jedoch niemanden im Establishment, ob Labour oder Tory, der die *politische Verantwortung* für eine solche Aktion auf sich genommen hätte. Angesichts dessen, was die europäischen Mächte sich leisten können, wenn es um Länder anderer »Welten« geht (z.B. die britische Aktion zur Rückgewinnung der Falkland-Inseln), mag dies krasse Heuchelei sein und ist es auch. Es ist unvorstellbar, daß eine amerikanische Regierung unter den gegenwärtigen Umständen einen deutschen Widerstand gegen die amerikanische Präsenz mit Gewalt niederringen würde (sofern sie dazu überhaupt imstande wäre). Sollte also die UdSSR den politischen Mut haben, die notwendigen Schritte zu einem neuen Rapallo zu tun, und sollte die Nomenklatura einen deutschen Partner für diese entscheidende Wendung finden, dann würde der Zweite Weltkrieg mit einem amerikanischen Abzug aus Europa und mit sowjetischer Vormundschaft über den alten Kontinent abgeschlossen werden.

Ein weiteres Ergebnis eines neuen Rapallo für die UdSSR wäre zweifellos deren Fähigkeit, »Wirtschaftsreformen zu importieren«. Dies bedeutet folgendes: Seit den frühen sechziger Jahren, seit die öffentliche Erwähnung der Notwendigkeit einer Wirtschaftsreform nicht mehr als absolute Häresie gilt,<sup>11</sup> hat es immer öffentliche Erklärungen, manchmal auch autoritative Beschlüsse des Zentralkomitees des Inhalts gegeben, daß das System der »sozialistischen Wirtschaft« geändert werden müsse. Ohne hier zu versuchen, eine Bilanz dieser entscheidenden Bemühungen zu ziehen, kann man soviel sagen: Reformversuche sind entweder leere Worte geblieben oder katastrophal gescheitert (mit der einzigen Ausnahme Ungarns, das eine — nie verwirklichte — *totale* Reform ankündigte, aber nur imstande war, eine *partielle, agrarische* Reform durchzuführen), weil die Nomenklatura immer das Unmögliche wollte: ökonomischen Wandel ohne sozialen Wandel. Die bloße Vorstellung einer entwickelten Wirtschaft, die nach den Standards zweckmäßiger Rationalität funktioniert, wo die Grundlage einer solchen Rationalität, irgendeine Art von *Markt*, durch tyrannische politische Interventionen zerschlagen wird, ist ein neues Kapitel in der zeitlosen Geschichte der Quadratur des Kreises. Andererseits erkennt sogar das verzerrte Bewußtsein der Nomenklatura, daß die Wiederherstellung eines echten (nicht bloß vorgetäuschten und nicht zersplitterten) Marktes soziale Folgen hätte, die für die Nomenklatura unkontrollierbar sein könnten.<sup>12</sup> Ein neues Rapallo würde alle Dilemmata der Nomenklatura in ökonomischer Hinsicht lösen, zumindest kurzfristig. Ein konföderiertes Deutschland, das gemäß den Standards einer zweckmäßigen Marktrationalität produziert würde (in dieser Hinsicht würde die DDR höchstwahrscheinlich in ganz Deutschland integriert werden), wäre eine genügend große Einheit, um für die brennenden Bedürfnisse der UdSSR zu sorgen; seine bloße Existenz würde das ostdeut-



sche Problem lösen. »Sorgen« bedeutet hier *Investition* und Lieferung *hochwertiger Produkte für Industrie und Haushaltsskonsum* im Austausch gegen sowjetische Rohstoffe und osteuropäische Agrarprodukte. Dies würde praktisch die ökonomischen Aufgaben von Wirtschaftsreformen in Sowjetgesellschaften lösen, ohne die Notwendigkeit, *etwas an der Sozialstruktur zu verändern* — der sehnlichste Wunsch aller auf Modernisierung bedachten, aber erkonservativen Herrschaftseliten.

Ein letztes Ergebnis für die russische Nomenklatura wäre die »*Bipolarisierung des Hasses*« in Osteuropa. (Offenbar ein »objektives«, unbeabsichtigtes Ergebnis, denn es erfordert eine Fouché-gleiche zynische Überlegenheit, so etwas im voraus zu planen.) Wir wollen das genauer ausführen.

Meinungsanalysen, die in osteuropäischen Ländern gelegentlich vorgenommen werden, zeigen entgegen den Erwartungen die »Russen« weder als Nation noch als ethnische Gruppe als die von der einheimischen Bevölkerung Meistgehaßten<sup>13</sup>; faktisch sind sie jedoch immer die Verhaßtesten. Das ist nicht nur eine psychologische Belastung, sondern auch eine potentielle politische Gefahr. Ein neues Rapallo würde diese Konstellation so verschieben, daß alle traditionellen antideutschen Stimmungen der Region, die verschiedene und sehr komplexe historische Wurzeln haben, mit einem Schlag wieder aufflammen würden.

Was würden Ost- und Westdeutschland von einem neuen Rapallo gewinnen? Vor allem die symbolische Befriedigung einer Art nationaler Einheit, der deutschen Konföderation, einer mehr kulturellen als politischen Einheit, die, wie wir gesehen haben, auf einer beträchtlichen Einschränkung und Selbsteinschränkung der Freiheiten beruhen würde. Eine solche symbolisch-kulturelle Wiedervereinigung Deutschlands wäre nicht frei von neuen Widersprüchen; so würde Deutschland beispielsweise, besonders infolge des Vakuums, das durch Amerikas Aufgabe des Engagements in Europa entstehen würde, viel mächtiger werden als bisher, könnte aber, da es in allen außenpolitischen Angelegenheiten von der UdSSR abhängig wäre, von dieser vergrößerten Macht keinen Gebrauch machen (dies würde daher zur Quelle einer neuen Spannung in Europa werden). Mit all diesen Vorbehalten wäre Deutschland jedoch nach einem neuen Rapallo nicht länger ein *besiegt*es Land; dieser Status hat die ganze Nation nun vier Jahrzehnte lang beharrlich gequält. Für jede Gemeinschaft, der diese symbolische Wiederherstellung der Selbstachtung wichtiger ist als politische Freiheit und die Freiheit ihrer unmittelbaren Nachbarn, ist dies eine befriedigende Lösung.<sup>14</sup>

Ferner gibt es ganz offensichtliche ökonomische Vorteile, die ein neues Rapallo für mindestens zwei Generationen von Deutschen bieten würde. Die Rezession hat nun schließlich auch die mächtige westdeutsche Wirtschaft getroffen, und diesmal gibt es keine »amerikanische Medizin«. Im Gegenteil, die Vereinigten Staaten überwälzen in Form eines künstlich überbewerteten Dollars, extrem hoher Zinsen usw. einen Gutteil ihrer ökonomischen Belastungen, besonders jener, die sich aus dem gigantischen Budgetdefizit ergeben, auf europäische Länder, und in diesem Szenario ist es der Stärkste, der leidet. Aber in einem weiteren Sinn besteht zumindest einer der Faktoren, die an der Wurzel der gegenwärtigen Depression liegen, darin, daß die kapitalistische Industrie des Westens wieder einmal nahe an die »Grenzen der Akkumulation« herangekommen ist. Ein neues Rapallo könnte angesichts der riesigen Investitionsmöglichkeiten in der an Investitionsmangel leidenden sowjetrussischen Wirtschaft in Deutschland einen Stimulus für Profite und Beschäftigung bieten. Dies könnte faktisch eine westdeutsche Version des Marshallplanes werden, mit günstigen Ergebnissen zumindest für den Spender und mit einigen spezifischen Vorteilen. Einer davon wäre, daß Osteuropa in eine riesige Region zur Versorgung Deutschlands mit Agrarprodukten verwan-

delt werden könnte, mit einer niedrigeren Preisstruktur als jene der EG, die durch die *politische* Preisstruktur im Sowjetsystem garantiert wäre. Der Garantor eines solchen Preissystems wäre natürlich der Hauptnutznießer auf der östlichen Seite, die sowjetische Nomenklatura. Außerdem würde die ostdeutsche Industrie durch die Konföderation in den gesamtdeutschen Markt integriert werden.

Das würde zweifellos nicht ohne Widersprüche und unvorhersehbare Resultate vor sich gehen, weil, wie schon gesagt, ökonomische Veränderungen immer auch soziale Veränderungen bedingen. Aber wenn es verwirklicht werden kann, hätte die Industriemacht Deutschlands in Europa keinen Konkurrenten und in der ganzen westlichen Welt nur die Vereinigten Staaten. Und schließlich hätten deutsche Investitionen in den Sowjetgesellschaften einen fast kolonialen Vorteil: *die dortige Arbeiterschaft ist nicht in echten Gewerkschaften organisiert* und genießt daher keine kollektiven Protestrechte; überdies ist sie sogar »mobil« und ermöglicht dadurch flexiblere Wirtschaftsstrategien. Die Regimes haben in der Nachkriegszeit nur selten versucht, Arbeitskräfte en masse zu verschieben.<sup>15</sup> Die Struktur des Regimes enthält jedoch nichts, was die Führer hindern könnte, solch schwerwiegende Beschlüsse zu fassen. Natürlich besteht in kommunistischen Ländern ständig die Gefahr einer drastischen und unvorhersehbaren politischen Wendung, die Deutschland, nachdem es seine Verbündeten aufgegeben hat, der Gefahr einer vollständigen Sowjetisierung aussetzen würde. Tatsächlich ist die einzige, schwache Garantie gegen eine solche Wendung das Selbstinteresse der gegenwärtig herrschenden Fraktionen der Nomenklatura, die hauptsächlich an ökonomischer Rationalisierung interessiert sind und daher kaum deren Grundlagen zerstören würde. Aber von Stalins Kollektivierung bis zu Maos Kulturrevolution (ganz zu schweigen von Pol Pots babeufischem Egalitarismus und seiner Autarkiewirtschaft) hat es in den Sowjetregimen mehrmals Phasen der »Regression« gegeben, und das ist das Risiko, dem jeder Architekt eines neuen Rapallo die im neuen System Lebenden aussetzen würde. Darum setzen einige Autoren Finnlandisierung mit Hongkongisierung gleich.

Der Status der DDR-Führung, der vielleicht am eindeutigsten siegreichen Partei, würde durch ein neues Rapallo enorm verstärkt werden. Sie könnte sich gratulieren, einen der größten und unerwartetsten politischen Triumphe der neueren Geschichte errungen zu haben. Käme es zu einem neuen Rapallo, würde Ulbricht, dieser unsympathischste Satrap der sowjetischen Hegemonie, im Rückblick als ein deutscher Cavour erscheinen. Denn ein solcher Sieg würde in der Tat gegen übermächtige Gegenkräfte errungen worden sein: nicht nur gegen die Macht der USA und die seit Jahrzehnten offenkundige Entschlossenheit fast der ganzen deutschen Nation, die »sowjetische Besatzungszone« zu eliminieren, sondern zum Teil auch gegen den Willen der sowjetischen Herren und Meister selbst. Die DDR-Führung, diese hartnäckigste und zugleich homogen reaktionäre soziale Kraft, die bei der Eliminierung der tschechoslowakischen Reformen eine Pionierrolle spielte (weshalb zu vermuten ist, daß sie im Fall der polnischen Reformen insgeheim eine ähnliche Rolle gespielt hat), würde nach dem russischen Apparat zur führenden politischen Kraft in allen osteuropäischen Angelegenheiten werden. Auch dies ist eine ziemlich logische Folgerung aus einem neuen Rapallo, und zwar aus zwei Gründen. Das relative ökonomische Gewicht des »sozialistischen Bundesstaates Mitteldeutschland« würde im Vergleich mit anderen Ländern der Region infolge der Konföderation enorm wachsen; es würde nicht nur das chronisch bankrotte Polen aufwiegen, sondern auch seinen traditionellen industriellen Konkurrenten, die Tschechoslowakei. Zweitens hätte die DDR als Mitglied der deutschen Konföderation ein entscheidendes Wort in allen innerdeutschen Angelegenheiten (das heißt in den wichtigsten europäischen Fragen)

mitzureden, und es ist unvorstellbar, daß sie jemals die politischen, ökonomischen und *militärischen* Verbindungen mit dem Sowjetblock auflösen könnte.

Hier müssen wir uns den wahrscheinlichsten Auswirkungen eines neuen Rapallo auf die Zukunft der europäischen Militärbündnisse zuwenden. Die Neutralisierung Deutschlands, die die wichtigste Folge wäre, würde die NATO nicht »involvieren«, aber *buchstäblich* deren Ende bedeuten. Und es wäre zwecklos, vorhersagen zu wollen, für welche außenpolitischen Alternativen der Rest Westeuropas und die Vereinigten Staaten in einer solchen Situation optieren würden. Was jedoch den Sowjetblock betrifft, würde an diesem Punkt die formale Auflösung des Warschauer Paktes als ein logischer Schritt erscheinen, der natürlich eine Art ideologischen Beschluß der Nomenklatura erfordern würde. Aber man darf nicht vergessen, daß Stalin gerade zu dem Zeitpunkt, an dem seine Kontrolle über die zur Macht kommenden kommunistischen Parteien sich festigte, die Komintern auflöste. Die Nomenklatura hat traditionell den Mut gehabt, scheinbar schwerwiegende, in Wirklichkeit aber rein nominelle Entscheidungen zu treffen, um scheinbar ewige Institutionen zu ändern oder abzuschaffen. Außerdem hätte die Auflösung des Warschauer Paktes einen offenkundigen propagandistischen Vorteil, würde aber die sowjetische politische und militärische Integration Osteuropas nicht berühren (der Warschauer Pakt ist nur die Fassade und das äußere Erscheinungsbild dieser Integration, nicht deren Basis und echter organisatorischer Rahmen). Letzlich, und das ist wahrscheinlich das Wichtigste, würde es der Sowjetunion eine beliebige Zahl verfügbarer Optionen bieten.

Eine unmittelbarere Folge eines neuen Rapallo wäre natürlich ein *deutscher Friedensvertrag*. Während der Berlinkrise Anfang der sechziger Jahre versuchte Chruschtschow die Westmächte mit der Drohung eines sowjetisch-ostdeutschen Separatfriedens zu erpressen. Ein neues Rapallo würde oder könnte zumindest einen Separatfrieden zwischen (einem konföderierten) Deutschland und der UdSSR bringen, mit den folgenden unmittelbaren Ergebnissen. Erstens würde ein solcher Separatfrieden von den Westmächten, die im Krieg gegen Deutschland verbündet waren, und vor allem von den Vereinigten Staaten höchstwahrscheinlich nicht anerkannt werden. Daher würde diese Folge eines neuen Rapallo Deutschland — offenkundig nur formal, aber nicht insignifikant — freundliche Beziehungen zur UdSSR aufgrund eines Friedensvertrages bescheren, aber eine äußerst unfreundliche Beziehung zum Westen, mit dem es sich formal im Kriegszustand befinden würde. Zweitens würde diese Wendung dem Jalta-Potsdam-System der Aufteilung der Welt unter den Supermächten in *vereinbarte* Einflußzonen *formal* ein Ende setzen, einem System, das, seltsamerweise in dieser Welt grassierender Verschwörungstheorien *fast unbemerkt* vierzig Jahre lang, wenn schon nicht reibungslos, so doch kontinuierlich funktioniert hat. Drittens aber würde die Beseitigung des Jalta-Potsdam-Systems der sowjetischen Führung für alle Angelegenheiten in dem riesigen Gebiet zwischen der sowjetischen und der deutschen Grenze freie Hand geben.

Was könnten die wichtigsten Folgen dieser neuen, hermetisch abgeschlossenen Situation in Osteuropa sein? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir die veränderte Atmosphäre nach einem neuen Rapallo und dem Abschluß eines sowjetisch-deutschen Friedensvertrages verstehen. Wenn und wo die sowjetische Führung bis jetzt Zurückhaltung geübt oder wenigstens nach außen hin Respektabilität zu wahren gesucht hat, geschah dies wegen ihrer Entschlossenheit, bestimmte Sympathien (besonders *westeuropäische* Sympathien) nicht aufs Spiel zu setzen. (Aus nationalen Gründen kann sie nicht auf starke amerikanische Sympathien zählen und andere Teile der Welt sehen die Ereignisse ganz anders und kümmern sich nicht besonders um europäische Angelegenheiten.) Nach einem neuen Rapallo, das die

paternalistische Vormundschaft der UdSSR bis tief ins Herz Europas bringen würde, wäre eine solche Zurückhaltung nicht mehr nötig, und das *ganze Muster sowjetischen Imperiumbauens würde sich wahrscheinlich radikal ändern*. Erstens würde die UdSSR in ihrem Machtbereich kaum Staaten dulden, die in ihren inneren Strukturen, in ihrer außenpolitischen Haltung oder in beidem von ihr unabhängig wären, und das würde eine unmittelbare Gefahr für Finnland und Jugoslawien bedeuten. Nach einem neuen Rapallo wäre es schwer zu sehen, wie Finnland es vermeiden könnte, im Inneren entsprechend den sowjetischen Interessen umgestaltet zu werden: die Finnlandisierung (oder Selbstfinnlandisierung) Deutschlands würde fast unvermeidlich die Sowjetisierung Finnlands bedeuten. In Jugoslawien könnte die innere Struktur leicht den sowjetischen Plänen angepaßt werden, aber die nationalistische (oder patriotische) Überzeugung der Bevölkerung ist dort so stark (wie in Albanien), dem zweiten offenkundigen Ziel im Süden), daß sie leicht ein europäisches Afghanistan schaffen könnte. Nach den Hauptverlierern (Finnland, Jugoslawien und Albanien) könnte die sowjetrussische Nomenklatura leicht der Extravaganz Ceauscescu ein Ende machen, ihn stürzen und samt seiner Clique durch andere ersetzen, ohne an der Sozialstruktur irgend etwas ändern zu müssen (womit alles Notwendige über Ceauscescu gesagt ist). Dies könnten jedoch die vorbereitenden Schritte zu einer gründlicheren Umwandlung sein: zur *Revidierung der Grenzen und zur weiteren Vergrößerung des Kerns des Imperiums*.

An diesem Punkt werden »realistische« und »ausgewogene« Beobachter sicherlich sagen, wir gingen zu weit: Die Sowjetunion sei schließlich stets mit größtem Nachdruck für die Unantastbarkeit der europäischen Grenzen eingetreten (deutsche Anspielungen auf eine mögliche Änderung der Oder-Neiße-Grenze wurden von der UdSSR fast als *casus belli* betrachtet); territoriale Fragen könnten nicht einmal zwischen den Satellitenstaaten (z.B. zwischen Ungarn und Rumänien) aufgerollt werden; die sowjetische Führung habe Versuche ihres über-eifrigen bulgarischen Anhängsels, Bulgarien zur 17. Sowjetrepublik zu machen, zurückgewiesen, ein Ereignis, das angeblich stattgefunden hat und das von Kommentatoren als Beweis für sowjetische Weisheit und Mäßigung angesichts bulgarischer Exzesse gedeutet wurde. Aber die dogmatische Überzeugung, die Grenzen in Europa könnten nicht geändert und zumindest formal souveräne Staaten könnten nicht zu *unmittelbaren* Bestandteilen des sowjetischen Imperiums gemacht werden, beruht auf drei falschen Prämissen. Die erste besagt, daß größere territoriale und imperiale Veränderungen in Europa immer im Gefolge von Kriegen stattgefunden hätten und daß daher solche Änderungen nur durch Kriege herbeigeführt werden könnten. In diesem Fall ist nicht nur die Logik falsch, sondern Leute, die so argumentieren, sehen nicht, daß ein neues Rapallo der *Abschluß eines großen Krieges mit vierzig Jahren Verspätung* wäre und daher eine ideale Gelegenheit, drastische Änderungen an der Karte Europas vorzunehmen. Die zweite falsche Prämisse ist, daß die jetzigen ostmitteleuropäischen Grenzen »natürliche« Grenzen seien und irgendwie auf Konsens beruhten. Dagegen steht die elementare, aber vergessene Wahrheit, daß fast alle Nationalstaaten der Region, mit Ausnahme Rumäniens und Bulgariens, entweder im *Prozeß von Versailles* entstanden sind (Jugoslawien, Tschechoslowakei, sogar Ungarn in seiner gegenwärtigen beschnittenen Form) oder sich in derselben Periode selbst geschaffen haben (Polen, Finnland), und daß außerdem mehrere von ihnen multinational und voll von explosiven Elementen sind; fast alle haben potentielle Gebietsstreitigkeiten miteinander, und das Bewußtsein dieser Streitigkeiten hat in unterdrückter Form lange Zeit in ihrer öffentlichen Meinung weitergelebt, so daß jeder am liebsten sein eigenes »Mini-Rapallo« hätte, um entweder Gebiete zurückzugewinnen oder sein Staatsgebiet zu vergrößern. Alle hängen daher von dem Großen Schiedsrich-

ter ab, der zu einem Abbau des Versailler Systems zurückkehren könnte (das war zwanzig Jahre lang offizielle sowjetische Politik, die nur aus pragmatischen, nicht aus dogmatischen Gründen aufgegeben wurde). Die dritte falsche Prämisse ist die Annahme, die jetzige Größe des eigentlichen Sowjetimperiums (das heißt des Gebiets innerhalb der sowjetischen Grenzen) sei das Ergebnis einer Art geheimnisvollen Planes, der mit dem »Marxismus-Leninismus« harmoniere. Tatsächlich jedoch läßt sich kein derartiger Plan, ob traditionell, nationalistisch oder modern, für den sowjetischen Expansionismus nachweisen. Was den »Marxismus-Leninismus« betrifft, könnte die Sowjetunion sowohl kleiner als auch größer sein; ihre jetzige Größe ist von höchst pragmatischen ad-hoc-Überlegungen bestimmt. Nehmen wir einige Beispiele. Die Mongolei ist seit der Revolution Suche Bators in den zwanziger Jahren in jeder praktischen Hinsicht Teil des Sowjetimperiums (sowjetische Armeen waren und sind dort permanent stationiert, erst wegen der Japaner, später, nach einem längeren Intervall, wegen einer chinesischen Bedrohung; die Armeechefs und der sowjetische Botschafter sind fast formelle Staatsoberhäupter). Aber höchstwahrscheinlich wegen bestimmter asiatischer Empfindlichkeiten haben die Sowjetführer von Stalin bis Breschnjew nie versucht, die de facto-Integration der Mongolei in die Sowjetunion zu *formalisieren*. 1920 und 1940, in den Kriegen gegen Polen und gegen Finnland, machte die jeweilige Sowjetregierung *formale* Versuche, für die von der Sowjetarmee angegriffenen Länder *öffentlich* »nationale« Regierungen einzusetzen, die zum Großteil aus in der Sowjetunion lebenden Kommunisten bestanden. Während die »polnische« Regierung von 1920 (der, um das Maß vollzumachen, auch Felix Dzerzynski, der Gründer und Chef der Tscheka, angehörte) mit Nachsicht aller Taxen als eine von der Sowjetunion abhängige »nationale« Behörde angesehen werden konnte, kann man das von Kuusinnens »karelo finnischen Regierung«, die 1940 die finnische Regierung ersetzen sollte, nicht sagen. Dieses Vorhaben erwies sich jedoch als eine Improvisation, die später bei einer ungünstigen Wendung des Krieges fallen gelassen wurde. 1944-1945 versuchten die Sowjets sehr deutlich, den *nördlichen* Teil des Irans *formell* zu okkupieren, entweder durch Angliederung an Sowjet-Aserbaidshan oder als eigene Sowjetrepublik. Diese Bestrebungen wurden erst unter dem Druck der Westmächte aufgegeben, die damals auf dem Buchstaben der Abkommen von Jalta und Potsdam bestanden, und vielleicht auch wegen der Belastung durch die Errichtung eines osteuropäischen Imperiums. Amin Saikal, ein guter Kenner jener Region, berichtet, daß die Sowjets unmittelbar nach der Besetzung im Jahre 1941 mehrere autonome Sowjetrepubliken unter kommunistischer (Tudeh-)Verwaltung bildeten, die später formell mit der Sowjetunion vereinigt werden sollten. (Saikal o.J.) Was das Baltikum betrifft, war es bei Kriegsende immer noch eine offene Frage, ob die baltischen Republiken als Teilrepubliken der Sowjetunion oder als »souveräne« Staaten regiert werden sollten. Sie wurden nach der deutsch-sowjetischen Teilung Polens mit der Sowjetunion vereinigt, wobei die UdSSR erst die Anerkennung der polnischen Souveränität zurückzog und später diesen Schritt wieder rückgängig machte. Eine ähnliche Lösung der baltischen Frage wäre nicht unvorstellbar gewesen; sie kam aus uns unbekanntem Gründen nicht zustande. Schließlich ist zu beachten, daß die Sowjetunion zwar absolut gegen alle Grenzänderungen in Europa ist (aus dem guten Grund, daß solche Änderungen die Frage der sowjetischen Gebietsgewinne und ihrer Legitimität aufwerfen würden), daß sie aber im Prinzip in dieser Sache dogmatisch indifferent ist, ja in vielen Teilen der Welt sogar an politischen Bestrebungen, die auf Grenzänderungen abzielen, mitwirkt oder sie zumindest unterstützt. (Das gilt im Nahen Osten für die israelischen Grenzen; die Sowjetunion unterstützte die Legitimität des irakischen Angriffs gegen den Iran, der zumindest formell im Namen von Grenzrevisionen unternommen

wurde; es gab Zeiten, da die Sowjetunion den Kampf der Kurden unterstützte, der die Grenzen von drei souveränen Staaten — Irak, Iran und Türkei — in Mitleidenschaft zog; sie gab Argentinien bei seinem Versuch, die Malvinen zurückzugewinnen, nominelle Unterstützung; sie unterstützte die Gebietsgewinne ihrer Satelliten in Afrika.)

Wenn wir jedoch von Änderungen der Größe des Imperiums sprechen, ist *eindeutig Polen das Hauptproblem*. An sich scheint es absurd, die Frage der nominellen Souveränität Polens zu stellen. Der Grund, weshalb wir die Frage aufrollen, liegt jedoch darin, daß unter all den kaum verhüllten Drohungen, die die aufeinander folgenden polnischen Regierungen in den turbulenten Jahren zwischen 1968 und 1981, aber mit besonderem Nachdruck in den letzten Monaten vor der Verhängung des Kriegsrechts durch General Jaruzelski, an die unruhige Bevölkerung richteten, die erste und wichtigste die an sich seltsame Bemerkung war, die Souveränität Polens sei durch die Forderungen der Opposition, insbesondere durch die Tätigkeit der *Solidarność* gefährdet. Diese Warnung konnte nur eines bedeuten: Die sowjetische Führung, die bereits im Frühjahr 1969 ähnliche Drohungen durch den Mund Marschall Gretschkos geäußert und damit Dubcek zum Rücktritt gezwungen hatte, hatte gedroht, daß, sollte die *Solidarność* zu weit gehen oder vielmehr nicht von ihren bisherigen Positionen ablassen und sollten die polnischen Kommunisten aus »falschem, mit dem marxistisch-leninistischen Klassenstandpunkt unvereinbarem Patriotismus« weiterhin zögern, gegen die Rebellen vorzugehen, das Problem durch direktes sowjetrussisches Eingreifen gelöst, die Souveränität Polens aufgehoben und das Land der Sowjetunion einverleibt werden würde. Für ein solches Vorgehen gibt es, abgesehen von der langen zwangsweisen Zugehörigkeit eines Teils von Polen zum Zarenreich, historische Vorläufer in Ideologie und Bewußtsein der Nomenklatura. Kristian Gerner bemerkt in seinem oben von uns zitierten Buch ganz richtig über die sowjetische Auffassung der Souveränität Polens: »Die Bolschewiki konnten sich anscheinend nie damit abfinden, daß ihnen der wiedererstandene polnische Staat entglitten war und daß sie ihn 1920 nicht wieder unter ihre Kontrolle hätten bringen können; im Mai 1939 bezeichnete der damalige sowjetische Außenminister Molotow die Polnische Republik als 'monströsen Bastard des Friedens von Versailles', und Stalin spottete: 'mit Verlaub, ein 'Staat'«. (Gerner 1983, 56)

Aber auch die folgenden, tieferen allgemeinen Überlegungen Gerners müssen in Betracht gezogen werden, wenn wir die Chancen Polens nach einem neuen Rapallo einschätzen wollen: »Die polnische Nation befindet sich auf der Ost-West-Achse zwischen den Deutschen und den Ostslawen, wobei unter den letzteren die Russen dominieren. Immer, wenn Preußen oder Deutschland und Rußland oder die UdSSR stark waren, hatten die Polen es sehr schwer, ihre nationale Unabhängigkeit zu verteidigen. Es ist bezeichnend, daß die staatliche Souveränität Polens 1918 wiedererstand, als sowohl Deutschland wie auch Rußland zeitweilig geschwächt waren, und daß die Souveränität erlosch, sobald diese beiden Länder wiedererstarkt waren und sich 1939 zusammentaten ... Die Beziehungen zu Deutschland sind sozusagen die Kehrseite der polnisch-russisch/sowjetischen. Der ursprüngliche Grund hinter der Errichtung des südost- und mitteleuropäischen Imperiums der UdSSR bestand darin, die Russen vor jeder möglichen Bedrohung durch Deutschland zu schützen. In der polnischen Perspektive gesehen, muß der Charakter der Beziehungen Polens zu (West-)Deutschland auch Polens Beziehungen zur UdSSR bestimmen. Das Abkommen mit Bonn von Ende 1970 unterminierte, zumindest theoretisch, die Grundlagen der Unterordnung Polens unter die UdSSR, d. h. die UdSSR in ihrer Eigenschaft als die Macht, die imstande — und bereit — wäre, Polens Westgrenze gegen den (west-)deutschen Revanchismus und Revisionismus zu verteidigen.

Die potentielle Bedeutung der Bonner Ostpolitik wurde sogar in der polnischen Presse angeudet.« (Gerner 1983, 42, 62)

Aus diesen richtigen und fruchtbaren Bemerkungen können die folgenden Schlüsse gezogen werden. Erstens, da Polen immer Chancen hatte, wenn Deutschland und Rußland (die UdSSR) gleichzeitig schwach waren, und es umgekehrt für seine Souveränität verhängnisvoll war (im 19. Jahrhundert, 1939), wenn beide stark waren, folgt daraus zumindest logischerweise, daß ein neues Rapallo für Polen eine schwere Bedrohung wäre. Zweitens könnte die »neue Ostpolitik« zwar theoretisch einen Großteil der die sowjetische Vorherrschaft über Polen legitimierenden Ideologie beseitigt und zur Stärkung der polnischen Souveränität beigetragen haben, doch war dies in Wirklichkeit nicht der Fall. Außerdem verwandelte sich die »Ostpolitik« in dem Maß, in dem der verstärkte westdeutsche Nationalismus und Zugeständnisse an die sowjetische Expansionspolitik ihr emanzipatorisches Potential unterminierten, in eine *objektiv antipolnische* Politik (ganz im Geist von Rapallo 1922), und die ganze Welt konnte dies im Dezember 1981 nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen in voller Blüte sehen. Drittens könnte es im Fall des Zusammentreffens bestimmter Umstände im gemeinsamen Interesse einer starken deutschen Konföderation und einer noch stärkeren UdSSR liegen, die Souveränität Polens formal abzuschaffen. Die künftige Geschichte braucht nicht erfunden zu werden, aber das folgende Szenario ist keineswegs unvorstellbar. Sollte die unaufhaltsame soziale Turbulenz in Polen weiter andauern, was trotz der gegenwärtigen deprimierten Atmosphäre nach der Niederlage nicht unwahrscheinlich ist; sollte ferner der Kern des Imperiums, die UdSSR, weitere slawische Kontingente gegen die wachsende nichtslawische moslemische Bevölkerung brauchen, die im nächsten Jahrzehnt 51 % der gesamten Einwohnerschaft ausmachen wird (»Le Monde Hebdomadaire«, Feb. 1984), (übrigens ein slawisches Kontingent, das den Ukrainern, einem weiteren slawischen, aber unruhigen Element innerhalb des Imperiums, feindlich gesinnt ist und daher als »Gegengewicht innerhalb des Gegengewichts« dienen kann), dann ist es möglich, daß, was 1981 eine Drohung war, zu einem späteren Zeitpunkt zur Realität wird. Und jeder, der weiß, bis zu welchen Extremen der polnische Nationalismus und die sowjetische Unterdrückung inneren Widerstands gehen können, wird zweifellos den Charakter einer solchen Realität erfassen. All dies sind mögliche und nicht bloß der Phantasie entsprungene Folgen eines neuen Rapallo.

Was kann ein Osteuropäer den Deutschen empfehlen? Die Wiedervereinigung aufzugeben, weil sie dies einem Osteuropa »schuldig seien«, an dem vor mehr als vierzig Jahren im Namen des Deutschen Reiches entsetzliche Verbrechen begangen wurden? Es ist nicht übermäßiger anthropologischer Skeptizismus, vorherzusagen, daß alle solchen Empfehlungen vergeblich wären; es würde ihnen auch jede moralische Rechtfertigung fehlen. Was ein Osteuropäer vor dem Hintergrund seiner persönlichen und kollektiven Vorgeschichte tun kann, ist zweierlei: zu warnen *und* die Deutschen an die moralische Pflicht der Solidarität mit der in Opposition kämpfenden osteuropäischen Demokratie zu erinnern. Die Cassandra-Botschaft ist klar. Der Weg zu einem neuen Rapallo, der an sich viel weniger unwahrscheinlich ist, als überhebliche Realisten gern glauben möchten, könnte möglicherweise der einzige Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb der Lebensspanne von zwei Generationen sein. Er führt jedoch sicherlich zu einem Scheideweg, an dem, wieder einmal in der deutschen Geschichte, Nation und Freiheit sich trennen. Es ist Sache der Deutschen, zu überlegen, was sie wählen sollen, aber sie müssen wissen, daß dies die Alternative ist. Sobald aber der Weg zu einem neuen Rapallo einmal eingeschlagen worden ist, treffen die Folgen nicht mehr die Deutschen allein,

denn Osteuropa wird die Zeche zu zahlen haben. Nach einem neuen Rapallo könnte für viele kommende Generationen nur noch das Wunder einer russischen Revolution viele Nationen der Region vor dem Verlust auch der formalen Souveränität retten, vor kollektiver Demütigung und erneuter Unterdrückung und vor einem neuen System der Tyrannei, für das diesmal die Deutschen direkt mitverantwortlich wären. Und dies ist der moralisch-soziale Aspekt eines neuen Rapallo, den alle demokratisch gesinnten Deutschen wohl bedenken sollten.

## Anmerkungen

- 1 Als »künstliche Imperien« in der modernen Geschichte Europas bezeichnen wir drei Formationen: Napoleons »Empire«, Hitlers »Drittes Reich« und die stalinistische Sowjetunion in der bis jetzt endgültigen Form, die sie nach dem Zeiten Weltkrieg erlangt hat. Warum sie Imperien sind, bedarf keiner Erklärung, wohl aber, wieso sie »künstlich« sind. Künstlich sind sie erstens insofern, als sie auf keiner freiwilligen Vereinigung ethnisch identischer oder verwandter Gruppen beruhen; das gilt offensichtlich für Napoleons »Empire« ebenso wie für Stalins Sowjetunion und trotz Hitlers Rassenideologie auch für das »Dritte Reich«. Ironischer-, aber bezeichnenderweise kamen die Gründer der »künstlichen Imperien« von keiner ethnischen Hauptgruppe: ein Korse gründete das französische, ein Georgier das neorussisch-sowjetische, ein Österreicher das deutsche Reich. Zweitens glichen die »künstlichen Imperien« nicht den westeuropäischen Kolonialmächten — Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Spanien, Portugal und Belgien —, insofern, als diese nicht Nationen, Staaten oder Volksgruppen unterjochten, die formal nationale Souveränität erlangt oder zumindest früher einmal angestrebt hatten, sondern Territorien in Besitz nahmen, deren Bevölkerung sich in einem pränationalen Bewußtseinszustand befand. (Um Mißverständnisse zu vermeiden: Das ist kein Werturteil, sondern eine Beschreibung der dabei angewandten, zwangsläufig verschiedenen Machttechniken.) Drittens erforderten die »künstlichen Imperien« die Anwendung totalitärer (oder »prätotalitärer«) Methoden, manchmal auch die Mobilisierung von Traditionen (meist in mythologischer Form), stützen sich aber im wesentlichen auf moderne Ideologien der Machttechnik. Es war Marx, der dies von Bonaparte feststellte, unter dessen Herrschaft die Permanenz des Terrors durch die Permanenz des Krieges fortgesetzt worden war, und in den beiden späteren Fällen bedarf das Vorhandensein totalitärer Technik keines weiteren Beweises. Und schließlich waren alle drei *dynamische* Gebilde, strukturell auf Expansion gegründet, völlig anders geartet als die altmodischen Konglomerate dynastischer Politik wie das »Reich« der Habsburger.
- 2 Im folgenden entnehmen wir unsere Dokumentation zum Großteil diesem Band, mit dessen Herausgebern wir, wie sich zeigen wird, in keiner Weise übereinstimmen, deren Auswahl wir aber als Musterbeispiel einer objektiven und sachkundigen Präsentation eines überaus diskutablen und heiklen Problemkomplexes ansehen.
- 3 Wir identifizieren uns weitgehend mit Schumachers Auffassungen und können ganz einfach keinen anderen Grund sehen als Brandts und Ammons Leninismus (im Rahmen ihres »Nationalbolschewismus«), der es rechtfertigen würde, das Wort Sozialismus im Zusammenhang mit Schumacher unter Anführungszeichen zu setzen. Schumachers Option implizierte die Bejahung der westlichen Allianz, nicht aber des westlichen Systems. Insbesondere sind wir mit seiner Auffassung von der Sowjetunion durchaus einverstanden. Natürlich sind in seiner Theorie wie in jeder sozialistischen Theorie zahlreiche Naivitäten festzustellen. Aber sein Konzept einer »neuen Demokratie«, der Radikalisierung der Demokratie als des einzigen Weges zum Sozialismus zeigt eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit dem Besten, das von latent antistalinistischen Kommunisten der unmittelbaren Nachkriegszeit wie Georg Lukás erdacht worden ist. Und für besonders unfruchtbar halten wir die Art von Kritik an Schumachers Auffassung, wie sie in Kluge-Negts »Geschichte und Eigensinn«



(Frankfurt 1981, S. 1093-1129) zu finden ist. Das Bestehen auf dem »proletarischen« Charakter einer sozialistischen Politik (was immer »proletarisch« in den modernen Verhältnissen heißen soll) fügt unserer Meinung nach einer richtigen sozialistischen Strategie nichts hinzu.

- 4 Pietro Secchias Persönlichkeit und politische Rolle läßt sich mit der André Marty's in der KPF vergleichen. Stets ein Mann der Tat, besonders der bewaffneten Tat, ein potentieller Herausforderer der Autorität des Führers, genoß er lange Zeit das Vertrauen Moskaus; er geriet in Konflikt mit Togliatti und wurde aus der Parteiführung verdrängt. Im Ruhestand veröffentlichte er einen Teil seiner Aufzeichnungen, in »Annali« (Feltrinelli), »Archivio Secchia«. Für das Jahr 1953 gibt es fast täglich Notizen. Am 9. Juli, berichtet er, entsandte Togliatti ihn nach Moskau. Togliatti sagte ihm, die sowjetische Führung habe eine vertrauliche Einladung geschickt, sie wolle eine besonders wichtige Information bekanntgeben. Secchia kam noch am selben Tag in Moskau an und erfuhr von Berias Verhaftung (»L'Unitá« meldete dies einige Tage später.). Er wurde vom Flughafen in den Kreml gebracht, wo eine »Sitzung« stattfand (über deren Charakter sagt er nur, daß Malenkov, Molotow und Chruschtschow anwesend waren und daß Molotow den Vorsitz führte). Seine Aufzeichnungen, die die Tagesordnung und die Anschuldigungen gegen Beria enthielten, wurden später von seinem Sekretär, Seniga, veröffentlicht, als dieser aus der Partei austrat. (Seniga 1961) Unter Punkt 6 der detaillierten Liste der Anschuldigungen, höchstwahrscheinlich ein Kollektivdokument des Politbüros über Berias »Verbrechen« auf dem Gebiet der nationalen Frage, wo er angeblich die »Freundschaft zwischen den Nationen der UdSSR« zu untergraben versuchte, steht folgendes: »Berias feindselige politische Wendung trat deutlich hervor anlässlich einer Prüfung des Deutschlandproblems Ende Mai dieses Jahres (von uns hervorgehoben, F.F. — A.H.). Berias Vorschläge zu dieser Frage liefen hinaus auf die Aufgabe des Kurses des sozialistischen Aufbaus in der DDR und auf die Annahme eines Kurses der Umwandlung der DDR in einen bürgerlichen Staat, was nicht weniger als eine Kapitulation vor den imperialistischen Kräften bedeutet hätte. Zugleich ging Beria in jüngerer Zeit so weit, unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Schwächen und Übertreibungen beim Aufbau der Kolchosen in den Ländern der Volksdemokratie und in der DDR derartige Konzessionen gegen die Kolchosen vorzuschlagen, daß dies faktisch die Auflösung der Kolchosen in diesen Ländern bedeutet hätte.« Der Zeitpunkt und das Genossenschaftsproblem, das in der ungarischen Krise von 1953 eine große Rolle spielte (wobei Beria Imre Nagy gegen Rákosi unterstützte), bestätigt vollauf die von Seniga veröffentlichten Aufzeichnungen Secchias. Dieses neue Dokument verwandelt ein Gerücht in ein historisches Faktum: *Wir wissen jetzt, daß Beria dem Politbüro tatsächlich die Aufgabe der DDR vorgeschlagen hat*, offenbar im weiteren Kontext eines Tauschhandels mit dem Westen. Aber wie schon gesagt, wir wissen natürlich nicht, ob dieses Angebot jemals die Ohren des Westens erreicht hat.
- 5 In unserem Buch »The West and the Left« (in Vorbereitung) analysieren wir, wie die sowjetische Gesellschaft die Alternative »rechts« oder »links« aus ihrer offiziellen Struktur eliminiert.
- 6 Wir haben die Ursachen des Zusammenbruchs der amerikanischen Hegemonie in unserer Arbeit »Doomsday or Deterrence« (Manuskript) analysiert und wollen uns hier nicht wiederholen.
- 7 Das Wort »Verrat« hat nach sechzig Jahren kommunistischer Propaganda gegen die Sozialdemokraten einen zweifelhaften Status in der Politik. Dennoch verwenden wir es bewußt, denn wir meinen, daß die deutsche Sozialdemokratie seit den schlimmsten Augenblicken unter Scheidemann und Noske nie schwärzere Tage erlebt hat als jene, an denen Schmidt und Honecker gemeinsam »bedauerten«, was in Polen »geschehen mußte«, und Brandt im Namen der Zweiten Internationale den Protest dermaßen dämpfte, daß die Sozialisten der lateinamerikanischen Länder öffentlich feststellen mußten, der Vorsitzende der Zweiten Internationale habe ich nicht in ihrem Namen gesprochen. Wir alle kennen die moralische Rechtfertigung in solchen Fällen: Wir Deutsche haben den Russen soviel angetan, daß wir schweigen oder zumindest leise sein müssen, wenn es um sie geht. Im Fall Polens ist das jedoch ein seltsames, kurz, ein heuchlerisches Argument. Was den Rest der westdeutschen Linken betrifft, siehe S. Meuschel 1983.
- 8 Eine stillschweigende Übereinkunft in diesem Sinn besteht bereits zwischen Österreich und Ungarn. Inwieweit sie insgeheim formalisiert ist, wissen wir nicht.

- 9 Wir haben hier keinen Platz für Einzelheiten, aber die Geschichte muß in ihren Hauptzügen rekapituliert werden. Unmittelbar nach Chruschtschows Sturz zirkulierten in Moskau Gerüchte, es gebe einen Trend, getragen vor allem von der mächtigen Scheljpin-Semytschastny-Gruppe, auf dem bevorstehenden 23. Parteitag Stalin zu rehabilitieren und Chruschtschow zu verurteilen. Der Plan schlug fehl, vielleicht, weil es eine heftige und kollektive Reaktion repräsentativer sowjetischer Intellektueller gab, von denen manche (z.B. Sacharow) immer noch große Namen des Establishments waren, vielleicht, weil man die vorwegnehmende Ablehnung solcher Schachzüge seitens eines Teils der westlichen, sicherlich der italienischen, Kommunisten registrierte, und vielleicht auch aus anderen Gründen. Aber von da an führten zwei Trends, ein positiver und ein negativer, zu einer fast öffentlichen Konklusion in Breschnjews letzten Jahren. Der negative war das Verbot jeder Kritik an Stalin im sowjetischen Kultur- und politischen Leben. Die »Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit«, dieser Euphemismus für Völkermord, hatten kein Subjekt mehr, das sie angeordnet hatte, sofern die Tatsachen überhaupt erwähnt wurden. Der positive Aspekt war ein allmähliches Wiederaufleben der Stalin-Verherrlichung — typischerweise zu allererst in der Form eines *Nationalhelden* in den massenhaft produzierten Sowjetischen Enzyklopädie (die in politisch heiklen Fragen stets die Meinung des Politbüros wiedergibt) während der letzten Jahre Breschnjews: hier wird Stalins gesamte politische Laufbahn in aller Form und unkritisch verherrlicht. Die beste Zusammenfassung findet sich bei V. Zaslavsky, 1982.
- 10 Etwas Ähnliches geschah in Ungarn zwischen 1953 und 1956, wo die Kritik der Intellektuellen, vor allem der Schriftsteller, im Westen Widerhall fand und eine bedeutende Rolle bei der Schwächung des Apparats spielte. Ohne die reformerischen Elemente im Apparat wäre die Revolution unvorstellbar gewesen.
- 11 Die beste Darstellung der Geschichte der Wirtschaftsreformen bis Ende der siebziger Jahre gibt Włodzimierz Brus 1983, besonders Kapitel III, »Alla ricerca di uno sviluppo equilibrato«.
- 12 Wir glauben, daß das genaue Gegenteil der Erklärung des sowjetischen Justizministers Terebilow (zitiert in Kristian Gerner 1983) richtig ist. Gerner zitiert in seinem Buch eine mündliche Mitteilung des sowjetischen Ministers, der gesagt haben soll, die sowjetische Führung wäre bereit, sogar das jugoslawische System der Arbeiterräte einzuführen, wenn es nur funktionierte. Im Gegensatz zu solch einem Übermaß an zweckmäßiger Rationalität in der sowjetischen Weltanschauung glauben wir, daß sie gemäß unserer eigenen Sicht der Situation die notwendigen Maßnahmen zur Einführung einer Wirtschaftsreform nicht zulassen kann, aus Angst vor der daraus folgenden sozialen Turbulenz.
- 13 In den sechziger Jahren hat A. Heller eine solche Analyse in Ungarn vorgenommen, von der nur ein Teil, der von den Autostereotypen der Ungarn handelte, veröffentlicht werden konnte. Die unveröffentlichten Teile zeigten jedoch in einem methodologisch überzeugenden Maßstab, daß die Gefühle der Ungarn sich meist gegen die Rumänen und überraschenderweise gegen die Serben richteten. A. Waliczki berichtete uns, daß eine ähnliche Analyse in Polen — diesmal nicht überraschenderweise — die Deutschen an der Spitze der Haßliste und die Russen an zweiter Stelle zeigte.
- 14 Und für alle jene, die noch einmal betonen, daß die Souveränität Deutschlands auch unter amerikanischer Hegemonie eingeschränkt ist, wollen wir hier, von dem bisher verwendeten Muster abweichend, eine andere Lösung vorschlagen: eine entschlossene westdeutsche Massenbewegung ohne falsche Illusionen über das Sowjetregime und ohne nationalistische Sehnsucht nach einem neuen Rapallo, aber mit der unwiderstehlichen Forderung, den Status Deutschlands innerhalb der westlichen Allianz von eingeschränkter zu voller politischer und militärischer Souveränität zu ändern.
- 15 Solche Methoden sind angewandt worden, nicht nur während Chruschtschows »Neuland«-Kampagne, die letztlich ein vernichtender Fehlschlag war, sondern auch in jüngerer Zeit, wie »Le Monde« berichtete (»Le Monde Hebdomadaire«, Februar 1984), als Bauern aus den Moslem-Regionen ins unterbevölkerte Sibirien umgesiedelt wurden.

## Literatur

- Brandt, P./Ammon, H. (Hrsg.) (1981): »Die Linke und die nationale Frage«, Reinbek.
- Brus, W. (1983): *Storia economica dell'Europa orientale, 1950-1980*, Editori Riuniti, Rom.
- Carr, E. M. (1973): *The Bolshevik Revolution*, Bd. 3, Harmondsworth, Penguin.
- Fehér, F./Heller, A. (1983): *Hungary, 1956 revisited*, Boston, London, Sydney, George Allen and Unwin.
- Gerner, K. (1983): *The Soviet Union and Central Europe in the Post-War Era*, Lund.
- Helbig, H. (1958): *Die Träger der Rapallo-Politik*, Göttingen.
- Kaiser, K. (1983): *National im antinuklearen Gewande (Egon Bahr und die Rückkehr zur sicherheitspolitischen Nationalstaatsidee*, in: *Die Zeit*, 6. April.
- Meuschel, S. (1983): *Neonationalism and the West-German Peace Movement's Reaction to the Polish Military Coup*, in: *Telos*, Nr. 56.
- Seniga (1961): *Togliatti e Stalin*, Milano, Sugarco.
- Saikal, A. (o.J.): *The Method of Soviet Intervention: The Cases of Poland and Afghanistan*, unveröf. Ms.
- Zaslavsky, V. (1982): *The Rebirth of the Stalin Cult in the USSR*, in: ders.; *The Neo-Stalinist State*, New York, M. E. Sharpe Inc., The Harvester Press.